

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspreis: 10 Reichspf. Redaktion: Johannisstraße 46 Fernruf { 905 nur Redaktion 926 nur Geschäftsstelle



Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspf. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46 Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion

Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 28

Dienstag, 3. Februar 1925

32. Jahrgang

Das Riesengeschenk an die Ruhrherren

Aus der Dunkelkammer des Herrn Luther.

Wie's gemacht wird.

Der Riesenstempel des 600-Millionengeschenks an die Ruhrherren hat eine Vorgeschichte, eine sehr interessante. Als die Zahlungen an die Grubenherren beginnen sollten, gelang es nicht, die Angelegenheit vor den Bergarbeitern ganz geheim zu halten. Die Gewerkschaften nahmen sich sofort der Sache an und richteten einen Brief an das Reichsfinanzministerium, in dem um Aufklärung wegen der Entschädigung an die Unternehmer und um Zuziehung der Arbeiterorganisationen zu diesen Verhandlungen ersucht wird. Der Brief trägt das Datum des 17. Oktober 1924. Auf ihn hat der Reichsfinanzminister bezeichnenderweise erst am 13. Januar 1925, also drei Monate später, geantwortet, nachdem inzwischen alle Verhandlungen erledigt und die Gelder in voller Höhe ausgezahlt waren.

Natürlich enthielt auch diese auf so eigenartige Weise verspätete Antwort keine Antwort, sie vertröstete nur auf eine demnächst erscheinende Denkschrift.

Den gleichen völlig inhaltslosen Bescheid erhielt auch die sozialdemokratische Fraktion auf ihre scharf genug präzisierte Anfrage. Sie wird sich damit natürlich nicht zufrieden geben. Ueber die Tatsachen selbst erhalten wir noch folgende interessanten Bericht aus Berlin:

Der von der Sozialdemokratie aufgedeckte 600-Millionen-Stempel liegt dem Bürgerblock schwer im Magen. Es wird deshalb mit allen Mitteln versucht, die Angelegenheit als eine harmlose Geschichte hinzustellen, und erst am Montag hat sich die Regierung bemüht, die Öffentlichkeit durch eine offizielle Meldung von der Harmlosigkeit und Notwendigkeit des Riesenfinanzstempels zu überzeugen. Immerhin haben wir keinen Unfals, von unserer Kritik auch nur das geringste zurückzunehmen. Wir haben niemals behauptet, daß die Industrie des besetzten Gebietes überhaupt keine Entschädigung erhalten sollte, und damit ist der Kern der amtlichen „Richtigstellung“ bereits erledigt. Unsere Kritik richtete sich in erster Linie gegen die geschwundene Auszahlung der Entschädigung, die Höhe der ausgeschütteten Summen und ihre Bereitstellung ohne Kontrolle. Das weiß auch die Bürgerblock-Regierung — aber sie verzichtet, auf den Kern der Sache einzugehen und bestärkt damit, daß sie in der ganzen Angelegenheit ein äußerst unsauberes Gewissen hat.

In der Tat ist die neueste „Richtigstellung“ der zuständigen Reichsstellen nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, das man nicht einmal geschickt nennen kann. In ihm wird z. B. behauptet, daß die Millionensummen ausgezahlt worden sind, weil die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsprovinz für das Reich werden sollten. Man muß gestehen, daß der Bürgerblock diesen Grundsatz beachtet hat, solange es die reichen Großverdiener betraf. Bis heute haben die Arbeiter und Angestellten überhaupt nichts erhalten, die weniger gut bemittelten Firmenbesitzer des besetzten Gebietes sind ebenfalls fast kaum entschädigt und darüber hinaus geht die Bürgerblock-Regierung jetzt dazu über, von einzelnen Gemeinden noch Rückzahlungen aus der Zeit des passiven Widerstandes zu fordern. Wo bleibt da der zur Begründung des 600-Millionen-Stempels angeführte Grundsatz?

Den Gemeinden ist es damals viel schlechter ergangen als den Industrieherren, die es bisher immer noch verstanden haben, große Lasten auf andere abzumwälzen. Rund 80 Proz. der Gesamtbevölkerung des besetzten Gebietes waren der öffentlichen Fürsorge überwiesen. In langen Promenaden warteten diese Volkschichten vor den Amtshäusern, bis von ihren Gemeinden die neuen Geldscheine gedruckt waren. Ihr Aufdruck richtete sich nach den in täglichen Rundtelegrammen des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilten Zahlen. Wenn das Ministerium z. B. telegraphierte: Der Erwerbslose erhält für die halbe Woche

125 000 000 000 Mark, dann wurden eben Papiere mit einem solchen Ausdruck verteilt. Nun kam es aber sehr oft vor, daß man für diesen Betrag zur Zeit seiner Auszahlung an die Erwerbslosen vielleicht gerade ein Brot kaufen konnte. Die Hungernden aber machten ihren Anspruch an das Leben geltend, demonstrieren und versuchten zeitweilig sogar zu pflandern. Es war die Pflicht der Städte, diesen Zustand möglichst einzudämmen und insulgedessen mußten sie für Nahrung sorgen. Sie ließen eben drucken und gaben ferner, was sie glaubten, vor dem Volk verantworten zu können. Jede Stadt des besetzten Gebietes hatte damals z. B. öffentliche Speiseanstalten. Was aber geschieht jetzt?

Seit vielen Wochen sind zahllose Revisoren des Reiches in den Stadtverwaltungen des besetzten Gebietes tätig und rechnen auf Reichsmark von heute um, was damals an gedrucktem Papier mehr produziert wurde, als die bewußten Rundtelegramme aus Berlin für richtig hielten. Mit erstaunlicher Großzügigkeit gehen die Herren Revisoren vor. Vorläufig nur ein Beispiel: In einer bestimmten Stadt wurden zur Mitarbeit bei der Erwerbslosenfürsorge geeignete Erwerbslose herangezogen. Halbe und ganze Nächte mußte gearbeitet werden. Die Arbeiter hatten Hunger. Deshalb wurden 2 Mark für Brötchen und Wurst ausgegeben, die ordnungsgemäß verbucht worden sind. Was macht jetzt der Revisor? Er verlangt Ersatz von insgesamt 20 Pfennig. Der Gesamterfolg? Von Düsseldorf verlangt das Reich eine Rückzahlung von 1 800 000 Goldmark für sogenannte Ueberzahlungen aus der Hungerperiode; Meitmann soll 180 000 Mark, Solingen 80 000 Mark, Remscheid 100 000 Mark und Dillig 80 000 Mark zahlen. Das sind nur einige Beispiele, die wir anführen, um die Grundsatztreue der Bürgerblock-Regierung zu charakterisieren. In Wirklichkeit grenzt die Zahl der Städte, die zu Rückzahlungen verurteilt ist, fast an die Hunderte, und die Summen, die sie aufbringen sollen, übersteigen das Vielfache dieser Zahl.

Die Auszahlung von über 700 Millionen Goldmark an die Ruhrindustrie erweist sich also immer mehr als ein Skandal, der keinesgleichen sucht. Die Industrie erhält Millionen von Mark ohne Nachweis der Bedürftigkeit, ohne jede Kontrolle — die Gemeinden des besetzten Gebietes aber, die während des passiven Widerstandes fast ihr Letztes hingegeben und die heute mit der Wohlfahrtspflege bis aufs äußerste belastet sind, werden in „größt möglicher Form“ kontrolliert und zur Zahlung von Summen gezwungen, die sie tatsächlich nie erhalten und nur im Interesse des gesamten deutschen Volkes ausgegeben haben. Hunderte von Revisoren sind zu diesem Zweck tätig — während für die Industrie das Geld gemächlich zum Fenster hinausgeworfen wird. Die Gemeinden sollen nachträglich für die Inflation büßen — die Industrie aber erhält neben ihren Inflationsgewinnen von der Regierung des Bürgerblocks noch einen besonderen Lohn auf Kosten der deutschen Arbeiter und Angestellten. Hat die Weltgeschichte einen größeren Skandal je gesehen?

Auch dieser Bericht enthält u. G. die Vorgänge noch nicht in ihrer vollen Tragweite; wir werden genötigt sein, in den nächsten Tagen noch darauf zurückzukommen. Nur eines sei heute schon festzulegen:

Während sämtliche linksbürgerlichen Zeitungen, darunter so kapitalisierende wie die „Vossische“ und die „Frankfurter“ den neuen Raub der Ruhrgeviertigen aufs schärfste brandmarken, und selbst das viel weiter rechts stehende „Samburger Fremdenblatt“ Worte der schärfsten Kritik findet, fühlt sich der „Lübecker Generalanzeiger“ bemüht, diese ungerecht verlästerten Schwerindustrialisten zu halten.

Er enthält sich dabei von Neuem als das, was er immer war, als unentwegter Vorkämpfer der kapitalistischen Interessen! Und doch soll es noch Arbeiter und Angestellte geben, die diesen Agenten des Kapitals unterstehen!

Die Preussenskrise.

Entscheidung nicht vor Donnerstag.

SWD. Die Reichspresse hat die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Braun zur Bildung einer Regierung bereits als aussichtslos hingestellt, bevor sie überhaupt begonnen hatten. Sie übt sich auch jetzt weiter in dieser Laune und hegt die Hoffnung, daß es schließlich doch so kommen wird, wie sie wünscht. Im Augenblick sind die Deutschnationalen jedenfalls noch auf dem Höhepunkte. Der preussische Ministerpräsident beabsichtigt, am Dienstag keine Versprechungen zur Bildung der Regierung fortzusetzen und dürfte sich frühestens am Donnerstag darüber entscheiden, ob er den Auftrag des Landtags zur Bildung einer Regierung endgültig annimmt oder ablehnt.

Am Dienstag tritt der Vorkommerrat des preussischen Landtags zusammen. Da die parlamentarische Lage noch nicht geklärt ist, dürfte in der Donnerstagsitzung des Landtags die Bestätigung des Landtagspräsidenten erledigt werden. Aber auch das scheint nur möglich, wenn Braun bis dahin seinen Auftrag zurückgibt. Nimmt er ihn an, und das wäre gleichbedeutend mit der Bildung einer tragfähigen Regierung, dann will die Zentrumsfraktion auf den ersten Landtagspräsidenten nicht verzichten.

Berlin, 3. Febr. (Radio).

Der preussische Ministerpräsident Gehoffe Otto Braun hat am Montag u. a. mit dem Fraktionsführer der deutschen

Volkspartei über die Regierungsbildung verhandelt. Braun legte dem Volksparteilern die Frage vor, ob die Fraktion bereit sei, unter seiner Ministerpräsidentenschaft teilzunehmen und ob sie im Falle der Verneinung bereit sei, seinem Kabinett gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen. Dr. v. Campe hat die Entscheidung seiner Fraktion vorbehalten. Sie soll am Donnerstag zusammenzutreten. Inzwischen aber gibt die „Zeit“ auf die gestellte Frage folgende Antwort:

„Darüber, daß die Landtagsfraktion der deutschen Volkspartei beide Fragen mit „nein“ beantwortet, kann kein Zweifel sein.“

Die Mörder des Generals Stad verhaftet.

London, den 3. Februar (Radio)

Die Mörder des Anfang Dezember in Sudan getöteten englischen Oberbefehlshabers sind endlich am Montag unter höchst dramatischen Umständen verhaftet worden. Englische und ägyptische Polizeibeamte hatten die Verfolgung mit sicherem Ziel bereits seit mehreren Tagen aufgenommen. Sie gaben den Mördern Gelegenheit, verkleidet als Beduinen in einem Zuge der von Alexandria zur libanesischen Grenze fuhr, zu entkommen. In dem Zuge befanden sich mehrere Kriminalbeamte; die mitten in der Wüste den Zug zum Halten brachten, um die Attentäter, die schwer bewaffnet waren, zu verhaften.

Reform des Schlichtungswesens.

Es liegt im Wesen der Schlichtung, daß die herrschende Klasse sich dieser Einrichtung zur Niederhaltung der Arbeiterschaft bedienen will. Die Schlichtung von Zwangstarifen durch die Verbindlicherklärung eines Schiedsgerichts, der für die Arbeiterschaft unerträgliche Bestimmungen aufweist, ergibt die weitere Gefahr, daß das wichtigste Recht der Arbeiterschaft, das Streikrecht, ausgeschaltet wird. Diese Nachteile haben immer bestanden und sich auch mehr oder weniger ausgewirkt. In letzter Zeit aber scheinen sich die Fälle der Beeinflussung der Schlichtungsinstanzen durch die Unternehmer und die Regierungen zu mehren. So berichtet z. B. die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 24. Januar 1925 gleich über zwei derartige Fälle und die Zeitung des Deutschen Lehrerbundes vom gleichen Tage verweist auf die Tatsache, daß sich in Württemberg sogar der Landtag mit der Beeinflussung der Schlichtungsinstanzen durch die Regierung befassen mußte.

Die Verbindlicherklärung hängt wie ein Damoklesschwert über der Arbeiterschaft. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in seiner Bundesversammlung schon vor einem Jahre für eine erhebliche Einschränkung der gesetzlichen Möglichkeiten der Verbindlicherklärung ausgesprochen. Aber auch die Arbeiterschaft hat sich über diese Dinge klar zu werden. Man bequem hat man oft gedacht, wozu eine starke Gewerkschaft, der Schlichtungsausschuss wird es schon machen. Aber allzu bald kam die Ernüchterung hinterher, wenn ein schlechter Schiedspruch durch die Verbindlicherklärung zum Zwangstarif wurde. Was aber nicht kam, das war die Erkenntnis der Arbeiterschaft, die nun unter so schlechten Bedingungen arbeiten mußte. Es wurde auf den Schlichter und auf die Gewerkschaft geschimpft, statt sich klar zu machen, daß man gute Arbeitsbedingungen nur durch eigene Kraft erringen kann und zu diesem Zweck starke Gewerkschaften haben muß, die auch kämpfen können.

Nach alledem ist ein Artikel des Schlichters Dr. Böckers, Vortragender Rat beim Senat Bremen in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 24. Janua 1924, „Abbau des Zwangstarifs“ auch für die Arbeiterschaft von großem Interesse, da in ihm ein durchaus möglicher und erträglicher Ausweg gezeichnet wird. Dr. Böckers schreibt:

„Soll in der Frage der Beseitigung des Zwangstarifs etwas geschehen, so müßte das von Seiten der Interessenten ausgehen. Tatsächlich haben Unternehmer und Arbeitnehmer es in der Hand, den Zwangstarif mehr und mehr zu beseitigen und überflüssig zu machen. Das kann vor allem dadurch erreicht werden, daß die Bildung von Tarifgemeinschaften gefördert und Tarifschiedsgerichte von den Parteien vereinbart werden. Noch immer vernimmt man in Tarifverträgen Bestimmungen darüber, welche Stellen für die Auslegung des Tarifvertrages, für Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage und für die mit dem Tarifvertrage zusammenhängenden Lohnfragen zuständig sein sollen. Werden hierfür Schiedsstellen vereinbart, so wird dafür gesorgt, daß die streitigen Fragen aus dem Tarifvertrage von sachkundigen Personen behandelt werden. Auch für die Fragen der Erneuerung des Tarifvertrages empfiehlt sich die Vereinbarung einer Schiedsstelle für den Fall, daß die beiderseitigen Organisationen sich nicht einigen können. — Die Zusammenlegung der Schiedsstellen wird regelmäßig so vorzunehmen sein, daß von beiden Interessentengruppen die gleiche Anzahl von Vertretern ernannt wird. Es empfiehlt sich jedoch nicht, sich mit der rein paritätischen Besetzung der Schiedsstellen zu begnügen. Die Parteien sollten von vornherein in der Vereinbarung einen unparteiischen Vorsitzenden vorsehen. In der Praxis kommt es häufig vor, daß rein paritätisch zusammengesetzte Schiedsstellen infolge Stimmengleichheit feststehen und eine Regelung nicht zustande bringen. — Durch vereinbarte Schiedsstellen wird eine erhebliche Zahl von Streitigkeiten aus der Welt geschafft werden können und zwar auch dann, wenn die Schiedsstelle lediglich befragt ist, den Parteien unverbindliche Vorschläge zur Beilegung des Streites zu machen, ohne daß die Parteien sich vorher verpflichtet haben, den Vorschlag der Schiedsstelle anzunehmen.“

Die Gewerkschaften treten natürlich in erster Linie für die hier vorgeschlagenen tariflichen Schiedsstellen ein und es wäre durchaus zu begrüßen, wenn auch die Schlichtungsstellen diese Entwicklung fördern wollten und in die Schiedsprüche derartige Bestimmungen über tarifliche Schiedsstellen aufnehmen würden. Allen Unternehmervereinigungen wäre jede Verbindlicherklärung zu verfallen, solange sie sich gegen tarifliche Schiedsstellen sperren. Auch die Arbeiterschaft kann und muß diese Entwicklung herbeiführen, indem jeder Arbeiter und jeder Angestellte Gewerkschaftsmitglied wird und seiner Gewerkschaft in allen Dingen die Treue hält. Dann werden die Unternehmer sehr bald begreifen, daß es ohne die tariflichen Schiedsstellen gar nicht geht. Die Arbeiterschaft muß sich wieder mehr auf ihre Gewerkschaften verlassen, sie darf nicht die Befehlsorgane aller Räte durch irgend eine Behörde erwarten. Es ist erfreulich, daß auch die Schlichtungsinstanzen das selbst einzusehen beginnen. Diese Erkenntnis sollte nicht verloren gehen und von der Arbeiterschaft durch Schaffung starker Gewerkschaften gefördert werden. Jetzt beginnt wieder die große Gewerkschaftsarbeitsaufgabe, die schon in der Vorkriegszeit sozial Optimum erfordert, aber auch die deutsche Arbeiterbewegung zur ersten in der Welt gemacht hat. Es liegt auch hier nur an der Arbeiterschaft, sich diesen Ehrenplatz zu erhalten.

Für Frieden und Völkerverständigung.

Ein Friedensmal auf den Schlachtfeldern.

Herriot eröffnet die Werbung.

Paris, 2. Februar.

In Paris hat sich ein Komitee linksstehender Politiker gebildet, das für den Frieden und die Ausöhnung der Völker ein Denkmal auf den ehemaligen Schlachtfeldern errichten will. Die erste öffentliche Kundgebung für dieses Friedensdenkmal hat gestern Abend im großen Saal des Trocadero unter der Leitung Herriots stattgefunden und war

in der Hauptsache von Arbeitern besucht.

Es sprachen der Sozialist Kunet und der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes Jouhaux. Ministerpräsident Herriot selbst benutzte die Gelegenheit, um seine Politik zu erläutern und darauf hinzuweisen, daß Frankreich weder Eroberungen noch Beherrschungen suche, sondern lediglich bestrebt sei, für den Frieden und für den Ausgleich zu arbeiten. Er sagte,

mit suchen den Frieden in der Sicherheit,

denn wir sind nicht die Narren, von denen man spricht, und auch nicht die Idealisten, als die man uns hinstellt, und auch nicht die schlechten Staatsbürger, die man täglich der Entrüstung jener empfiehlt, die angeblich die guten Staatsbürger sind. Diejenigen, die die Verantwortlichkeit für das Schicksal unseres Landes haben, die seine Zukunft sicherzustellen haben, vergessen nicht, daß um den Frieden zu sichern, mehrere vorhanden sein müssen, daß, um zusammenarbeiten zu können, ebenfalls mehrere nötig sind. Wir wollen nicht, daß die schlechte Tradition sich weiter entwidelt und daß unsere schon vollzogenen Handlungen und unsere schon durchgeführten Gedanken in Wirrwarr untergehen.

Der Friedensstempel.

Ueber die Vorgeschichte der Kundgebung wird uns von der „Weltjugendliga“ geschrieben:

Unter dem Ehrenvorsitz der Herren Herriot, Ministerpräsident, Painlevé, Präsident der Kammer, Leon Bourgeois, dem ehemaligen Vorsitzenden des Völkerbundes, Ferdinand Buisson, dem Vorsitzenden der Liga für Menschenrechte, Paul Appell, Rektor der Pariser Universität, Paul Boncour und Leon Blum, Mitgliedern der Vereinigten Sozialistischen Partei, Leon Jouhaux, dem Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und Albert Thomas, dem Exminister, hat sich ein Komitee gebildet, das ein Denkmal für den Frieden und die Völkerverständigung errichten will.

Schließens Denkschrift über die Beamtenbesoldung.

Man merkt die Absicht und man wird verstimmt.

Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Entwicklung der Beamtenbesoldung von 1897 bis zum Dezember 1924 ausgegangen. Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Bezüge der Beamten der mittleren und oberen Besoldungsgruppen seit 1897 bis 1924 erheblich weniger aufgewachsen sind als die der unteren Besoldungsgruppen. Infolgedessen ist bei den Grundgehältern und noch mehr bei den Gesamtbegehren eine Zusammenrückung der Spannungen eingetreten. In der Privatwirtschaft sind die Spannungen größer. Die Privatwirtschaft bezahlt ihre gut ausgebildeten und im leitenden, verantwortlichen Stellung befindlichen Angestellten verhältnismäßig erheblich besser als das Reich seine vergleichbaren Beamten, während das bei den mit den Beamten der unteren Besoldungsgruppen vergleichbaren Angestellten nicht der Fall ist. Die 1913 zwischen den Bezügen der Beamten der heutigen Besoldungsgruppen III, VII und XI bestehenden Spannungen von 1:2,55:4,4 sind bei der geltenden Regelung auf 1:2:3,3 zusammengefallen. Die Denkschrift stellt weiter fest, daß zu dem System des Wohnungsgeldzuschusses zurückgekehrt werden mußte, nachdem sich das System des Übergelages auf die Dauer als unhaltbar erwiesen habe. Die Familiensubventionen stellen bei der heutigen Regelung für verheiratete Beamte der unteren Besoldungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge dar. Eine weitere Erhöhung des Familiensubventionsbetrags birgt die Gefahr in sich, daß zwischen den Bezügen eines verheirateten Beamten mit mehreren Kindern und denen eines ledigen Beamten ein Mißverhältnis entstehen könnte, das mit besoldungspolitischen Gesichtspunkten nicht mehr zu vereinbaren wäre. Der Denkschrift ist eine Uebersicht über die Entwicklung der Besoldung beigegeben. Aus dieser ergibt sich, daß die Großhandelspreise seit 1897 um insgesamt 69,1 Proz. gestiegen sind. Daraus entspringt auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 29,6 Proz. Die Kleinhandelspreise unter Einrechnung der Wohnungskosten stiegen sich insgesamt um 51,9 Proz., wovon auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 22,3 Proz. entfallen. Die Arbeiterlöhne haben sich seit 1897 um insgesamt 97,9 Proz. für ungelernete und 70,3 Proz. für gelernte Arbeiter erhöht, wovon wiederum auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 20 bzw. 11 Proz. entfallen. Bei den Reichsbeamten ergibt sich in den unteren Besoldungsgruppen eine Steigerung von insgesamt 65 Proz., in den mittleren Gruppen von 24 Proz. und in den höheren Gruppen von 10,4 Proz. Seit 1913 beträgt die Steigerung in den unteren Gruppen 32, in den mittleren Gruppen 6 Proz., in den höheren Besoldungsgruppen ist seit 1913 eine Verminderung um 1 Proz. eingetreten.

*

Der Zweck dieser scheinbar objektiven Statistik ist klar. Es soll bewiesen werden, daß die oberen Beamten noch immer viel zu wenig und die unteren viel zu viel bekommen. Mag sein, daß die Vergleiche mit der Industrie stimmen. Aber wenn dort bereits analoge Verhältnisse herrschen, so ist das noch lange kein Grund, sie als Reich zu betrachten. Man kennt das alte Spiel der Schatzkammer. Die Industrie beruft sich auf die Verhältnisse im Reich, und der Finanzminister auf die Verhältnisse bei der Industrie. Wie es gerade am besten paßt, um das Gros der unteren Beamten und Angestellten noch weiter zu drücken. Unabrig zu sagen, daß die Sozialdemokratie all diese Pläne aufs schärfste bekämpfen wird.

Was ein republikanischer Staatsanwalt alles zu tun hat.

Er muß Verbrechen schämen und den Staat hässlich machen.

Das „Göttinger Volksblatt“ veröffentlichte kurz vor den Wahlen eine Karikatur, die einen Staatsanwaltschaft mit einem Hakenkreuz als Symbol darstellt. Unter dem Bild stand:

Wie wir aus München erfahren, sollen dort nur noch Verbrechen

Das Komitee plant die Errichtung eines Denkmals auf einem der Kriegsschlachtfelder, da wo die Schlacht am heftigsten tobte, mit der Erlaubnis der französischen Regierung und unter Mithilfe aller Völker. Die französischen pazifistischen Organisationen haben bereits ihren Beitritt erklärt. Der allgemeine Gewerkschaftsbund, die Vereinigte Sozialistische Partei, die französische Sozialistische Partei, die französische Radikale Partei, die Partei republikanischer Sozialisten, die Radikalsozialistische Partei, die französische Loge „Grand Orient“, die französische Großloge, die große Loge für Menschenrecht, der Nationalverband republikanischer Kämpfer, die Liga für Menschenrechte, die republikanische Liga, die Liga für Unterricht, der Aktionsausschuß für die im Kriege zerstörten Gebiete, der dauernde Ausschuß französischer Friedensgesellschaften, der Verband der Jeunesse Laïque, die katholische republikanische Jugendliga veranstalteten am Sonntag, dem 1. Februar im Trocadero eine erste Kundgebung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Edouard Herriot, zusammen mit den Herren Leon Jouhaux und Paul Boncour.

Die veranstaltenden Organisationen hatten die Stunde für gekommen,

ein ewiges Symbol zum Ausdruck der Sehnsucht nach einer verbrüderten Menschheit zu schaffen.

Sie haben den Plan gefaßt, ein einzigartiges und grandioses Denkmal — den Friedensstempel — zu errichten, das, hoch zum Himmel aufsteigend, die Menschen zu jenem wahren Kultus der wahren Menschlichkeit — dem Frieden — aufrufen soll.

Dann werden überall auf der Erde die pazifistischen und brüderlich gesinnten Menschen einen Punkt des Weltalls bezeichnen können, an dem das Sinnbild ihres Glaubens höher und großartiger dastehen wird und dauerhafter als irgendwo sonst. Das wird das Denkmal des universellen Glaubens an alle Lehren der Menschlichkeit sein.

Wie die Kathedralen des Mittelalters ein Werk der Zusammenarbeit unserer Künstler waren, so wird der Tempel des Friedens ein Werk der vereinigten Völker sein — durch ihre Beiträge, ihre Künstler, ihre Arbeiter, die brüderlich an seiner Errichtung mitarbeiten werden.

Das Komitee zur Errichtung eines Friedensdenkmals rechnet auf die Unterstützung seines Planes durch alle Gutsintentionen, die, weil sie selbst darunter gelitten haben, den aufsteigenden Generationen den Schrecken des Krieges ersparen wollen.

Kreuze auf Mensuren geschlagen werden. Wähler und Wählerinnen, schlagt am 4. Mai den Hakenkreuzern zu den obigen Schmissen einen Durchzieher durch die ganze Filiale, daß sie, wie der heilige Lubendorff von München, für immer auf dem Bauche liegen bleiben.

General Lubendorff stellte daraufhin wegen des Bildes und Textes Strafantrag gegen unser Parteiblatt und den Göttinger Staatsanwalt. Dieser fühlte sich darüber hinaus verpflichtet, wegen Beleidigung des Offizialverfahren einzuleiten. Dabei darf die Staatsanwaltschaft nur dann die öffentliche Klage in einem Beleidigungsprozeß erheben, wenn das im öffentlichen Interesse liegt. Der Oberstaatsanwalt in Göttingen fand, daß es zu den Aufgaben eines republikanischen Staatsanwaltes gehört, den größten Feind und Bekämpfer der Republik aus öffentlichem Interesse gegen eine Wahlkandidatur zu schützen. Leider kam der Prozeß nicht zur Durchführung. Nachdem die Verteidiger umfangreiche Beweise gegen Lubendorff und zwar sowohl über seine Tätigkeit beim Dolchstoß-Massenmord, wie über seine Parteimitgliedschaft in Bayern angeboten hatten, trat die Staatsanwaltschaft plötzlich den Rückzug an und ließ jetzt durch das Amtsgericht Göttingen mitteilen, daß das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt werde. Das kann die Staatsanwaltschaft nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung nur, wenn „die Schuld des Täters gering und die Folgen der Tat unbedeutend sind“. Auf alle Fälle wird die Staatskasse die Kosten bezahlen müssen, die eine Staatsanwaltschaft verursacht hat, um den größten Feind der Republik von Amtswegen gegen eine Wahlkandidatur zu schützen. Wie wäre es, Herr Justizminister, wenn diese Kosten dem Herrn Oberstaatsanwalt in Göttingen vom Gehalt abgezogen würden, damit er sich das nächste Mal besser auf seine Pflicht als Vertreter der deutschen Republik befinnt?

Die Bergarbeiterinternationale in Hannover.

Ein guter Anfang.

SPD. Hannover, 1. Februar. (Eig. Drahtb.)

Die am Sonntag hier vereinigte Exekutive der Bergarbeiterinternationale war von Vertretern Deutschlands (Hülsmann, Limberg, Dr. Berger, Franz Schmidt), Englands (Smith, Cook, Richardson, Ashton), Frankreichs (Quintin, Barch), Belgiens (Dejardin, Lombard), der Tschechoslowakei (Kozalim, Draxl), Österreichs (Jwaniger), Ungarns (Payer) und Polens (Stanisz und Adamczak) besucht. Nach dem ehrenvollen Gedächtnis der in der letzten Zeit zu beklagenden Opfer des Bergbaues wurde vom Vorsitzenden Herbert Smith der Bericht über die finanzielle Lage des Internationalen Bergarbeiterverbandes erstattet. Er ergab, daß die überwiegende Anzahl der Landesorganisationen die in Brüssel für das Internationale Sekretariat vorgesehenen Beiträge geleistet bzw. die Leistung sehr zugelegt haben. — Einem englischen Antrag folgend, soll nach der Entscheidung des amerikanischen Bergarbeiterverbandes in der nächsten Sitzung die Einziehung des Sekretariats vorgenommen werden.

In der Monatsgung wird der Tagesplan erörtert; die deutsche Delegation hat zu dieser Frage einen ausführlichen Bericht vorgelegt. Außerdem ist die Entsendung einer Delegation nach Rußland vorgesehen. Im Anschluß an die Beratungen ist die Bestimmung einer Kaligrube in der Nähe Hannovers geplant.

Der Umschwung in Mitteldeutschland.

Nach ein Betriebsrätekonferenz.

Halle, 2. Februar.

Der Betriebsrätekongreß der mitteldeutschen Bergleute, den die Kommunisten für Sonntag nach Halle einberufen hatten, bedeutet für die SPD. einen schweren Reifall. Von den 2000 Betriebsräten des mitteldeutschen Bergbaus waren nur etwa 30 erschienen. Der Kongreß war insgesamt nur von 66 Personen besucht. Nichts beweist seine Bedeutungslosigkeit und gleichzeitig die Einflußlosigkeit, zu der die SPD. in Mittel-

deutschland herabgesunken ist, mehr als diese Tatsache. Dabei hat die Kommunistische Partei die Kosten getragen und auch die Unorganisierten herangezogen. Als sich der Fehlschlag nicht den heimlichen ließ, wurde einfach erklärt, daß die 80 Delegierten die 2000 Betriebsräte „vertreten“. Dabei waren sehr wichtige Reviere, so z. B. das Weisental und das Hüttenfelder Revier überhaupt nicht vertreten. Das Referat hielt Bönen, der erklärte, daß die Kampfvorbereitungen der Bergarbeiter bis zum 28. Februar beendet sein müßten. Die Delegierten im Ruhrgebiet seien schon kampfbereit und warteten nur noch auf die mitteldeutschen Bergarbeiter. (Im Ruhrgebiet verlief man wahrscheinlich das Gegenteil. V. Red.) Außerdem verlangte er, daß alle kommunistischen Bergarbeiter dem Bergarbeiterverband beitreten, um den kommunistischen Einfluß zu verschaffen. Als im Laufe der Aussprache einige Betriebsräte gegen Bönen polemisierten und erklärten, daß keine Partei, also auch die SPD. nicht, in die Gewerkschaftsführung hineinkommen habe, wurde von der Zeitung verkündet, daß im bevorstehenden Kampf nicht die Bergarbeiter-Gewerkschaft die Führung haben dürfe, sondern daß die SPD. diese mit der Forderung nach einer 40prozentigen Lohnerhöhung an sich reißen werde.

Gewaltiger Einmarsch vom Reichsbanner.

Die der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwan-Rohr selbst, haben sich zum Reichsbannertag am 22. Februar in Magdeburg bereits so viel Teilnehmer gemeldet, daß die erwartete Zahl von 100000 nicht nur erreicht, sondern noch überschritten werden wird. Die von mancher Seite laut gewordene Befürchtung, es könnten sich Schwierigkeiten bei der Unterbringung solcher Massen ergeben, sind unbegründet. Er wünscht ist aber, daß alle Kameraden, die nach Magdeburg fahren wollen, durch ihre Ortsgruppe sich sofort melden lassen. Entscheidungsgemäß entscheiden sich viele erst in den letzten Tagen. Auch für diesen Fall ist Vorsorge durch Bereitstellung einiger Tausend Reservequartiere getroffen worden.

Die französische Partei vor wichtigen Entscheidungen.

Scharfe Anklagen gegen Herriot auf dem Pariser Parteitag.

Paris, 2. Februar.

Auf dem am Sonntag stattgefundenen sozialistischen Parteitag des Seine-Departements (Grot-Paris) hat der linke Flügel den Sieg davon getragen. Dem Parteitag lagen je 2 Entschlüsse vor, sowohl über die Taktik bei den bevorstehenden Gemeindevahlen, wie über die Haltung der Partei in der allgemeinen Wahl. Dem Ministerium Herriot gegenüber. Die Entschlüsse der Linken verurteilten das dauernde Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken im Links-Parteil und will Wahlbündnisse lediglich für den 2. Wahlgang zulassen. Dieser Anshawung hat sich der Parteitag mit 1953 gegen 1837 Stimmen angeschlossen. Die 2. Entschlüsse der Linken, die gleichfalls Annahme fand und zwar mit 2000 gegen 1636 Stimmen, kritisiert die Haltung der sozialistischen Kammerfraktion und will, obgleich sie nach wie vor für die Unterstützung des Ministeriums Herriot eintritt, eine unabhängigere und selbständigere Taktik der Kammerfraktion. Zum Schluß des Parteitages wurde durch die Rede des Genossen Goutenoie ein Zwischenfall hervorgerufen. Goutenoie griff die Kammerrede Herriots scharf an und kritisierte die Haltung der Kammerfraktion, die für den Anschlag dieser Rede gestimmt habe. Es befürchte, so führt er aus, kein Unterschied zwischen der Politik des Links-Parteil und der des nationalen Blocks. Herriot habe eine Vornehme würdige Rede gehalten. Diese scharfen Angriffe, die von starkem Beifall des linken Flügels begleitet waren, wies Leon Blum zurück, indem er hervorhob, daß der Eindruck der Rede Herriots nach außen und nach innen noch schlimmer gewesen wäre, wenn sich die sozialistische Fraktion der Stimme enthalten hätte. Ganz besonders unterließ er den Gegensatz zwischen der Auffassung Boucares und Herriots. Dieser habe ausdrücklich die Auffassung Boucares, daß die Kämmerfraktion noch nicht einmal zu laufen begonnen hätte, aufgegeben und nicht zu der Meinung gemacht.

Die endgültige Entscheidung wird der französische Gesamtparteitag, der nächsten Sonntag in Grenoble beginnt, zu fällen haben.

Die Mehrheit im Lande für Fortsetzung der bisherigen Politik.

SPD. Paris, 2. Februar. (Eig. Drahtb.)

Auf Grund des am Sonntag auf der Delegiertenversammlung der sozialistischen Verbände des Seine-Departements erzielter Abstimmungsergebnisses dürfte die Delegation auf dem Kongreß in Grenoble aus neun Anhängern des linken Flügels und acht Anhängern der von der Kammerfraktion verfolgten Politik bestehen. Die Delegiertenversammlungen in der Provinz haben sich dagegen mit großer Mehrheit für die Fortsetzung der bisherigen Politik ausgesprochen. Einige Departements wünschen sogar eine noch konsequenter Durchföhrung des Kartellprogramms, so im Departement Rhone, Gersault, Jere und Aude. Andere Departements stellen sich ohne Einschränkung hinter die Kammerfraktion. Hiervon seien erwähnt Seine-et-Oise, Var, Tarn-et-Garonne, Corrèze usw. Die Delegiertenversammlung des Jfere-Departements protektiert in einer Entschöpfung gegen die Nichträumung der Kölner Zone und fordert eine volle Aufklärung der Öffentlichkeit über den Stand dieser Frage.

Vertrauensvotum für Herriot.

Die Anhebung der vatikanischen Botschaft beschlossen.

Paris, den 8. Februar (Radio).

Die französische Kammer hat am Montag Abend der Vertagung der französischen Botschaft beim Vatikan zugestimmt. Dem Ministerpräsidenten Herriot wurde gleichzeitig mit 814 gegen 215 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Von den 80 der Tagesordnung gemeldeten Rednern kamen nur 5 zu Wort. Dann betrug Herriot die Tribüne. Er erklärte nochmals, daß die Regierung bei der Aufhebung der Vatikan-Botschaft keineswegs an eine Kränkung der Katholiken denke. Die Trennung von Kirche und Staat sei eine der größten Errungenschaften der 3. Republik und müsse es bleiben. Hinsichtlich Eliaß-Bohringen werde die Regierung dem bekannten Gutachten des Staatsrates folgen und das Konfordat loyal ausführen. Sie schlage vor, für die Eliaß-Bohringen Angelegenheiten einen Missionsschiff mit 2 Beamten nach Rom zu senden. Das erfordert einen Kredit von 80000.— Franken. Diese Erklärung Herriots erregte in der Kammer insbesondere bei der Linken allgemeine Bewegung. So daß der Präsident die Sitzung für eine Stunde aussetzte. In dieser Zeit fand eine Besprechung zwischen der Sozialisten und Herriot statt, was zu einer vollkommenen Einigkeit im Links-Parteil führte.

Die Annahme des Vertrauensvotums wurde von der Regierungspartei mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Kammer vertagte sich dann auf Dienstag.

Der französische Wirtschaftsrat.

Paris, Ende Januar.

In den nächsten Wochen wird der Aufbau der französischen Republik in demokratischem Sinne geändert werden. Dadurch will die Regierung dem Lande beweisen, daß sie bereit ist, alle antidemokratischen Einrichtungen aus früheren Zeiten in freierwilligem Sinne zu reformieren und neuen wirtschaftlichen Bedürfnissen zeitig nachzugeben. Schon ist dieser Tage ein Gesetzesentwurf von dem Abgeordneten Adrien Pressmane ausgearbeitet worden, der darauf hinführt, die Rechte des Senats und das Wahlrecht für seine Mitglieder entschieden zu ändern. Die Monarchisten, die im Jahre 1875 die Schaffung des Senates durchsetzten, hatten dafür gesorgt, daß besonders die großen landwirtschaftlichen Gemeinden in ihm vertreten sind, die damals unter dem Grafen von Paris und dem Grafen von Chambord genau so reaktionär waren, wie sie sich heute gegen jeden Fortschritt stemmen, um alle fruchtbare Arbeit der französischen Kammer im Keime zu ersticken.

Daneben wird man den Willen der Regierung, bei dem heutigen nicht tatenlos stehen zu bleiben, durch die Schaffung des französischen Wirtschaftsrates erkennen. Die vorbereitenden Arbeiten des Arbeitsministers Justini Godart stehen fast vor dem Ende, und die Verordnung zu seiner Schaffung wird aller Voraussicht nach schon dieser Tage von dem Präsidenten der Republik Gaston Doumergue unterzeichnet werden.

Nur in wenigem wird der französische Wirtschaftsrat dem deutschen ähneln. Es soll sich in Frankreich um keine Berufsvertretung gegenüber der politischen Handlung, sondern lediglich um eine Beratungskammer von 45 Mitgliedern; vier Sessionen im Jahr werden sie abhalten (in besonderen Fällen mehr), und eine ständige Kommission von 10 Personen mit einem ständigen Sekretariat soll zur dauernden Verfügung der Regierung während des ganzen Jahres stehen. Alle haben nur eine beratende Stimme. Die Tagesordnung muß 14 Tage vor der Sitzung dem Ministerpräsidenten zur Genehmigung vorgelegt werden, der das Recht hat, sie vollkommen abzuändern. Der Wirtschaftsrat soll vor allem jedes neue Gesetz, das wirtschaftliche Fragen enthält, durchberaten und eventuell Vorschläge für die Gesetzesausführung seitens der Verwaltungsbehörden machen. Wird im Wirtschaftsrat ein Beschluß von mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder gefaßt, so ist andererseits die Regierung ihm gegenüber verpflichtet, zu seinen Vorschlägen innerhalb eines Monats Stellung zu nehmen oder anzulagen, warum sie eine nochmalige Beratung wünscht. Auf diese Weise kann verhindert werden, daß vernünftige Gesetzesgedanken ganz in der Versenkung verschwinden.

Von den 45 Sitzen sind 29 der Arbeit zuteilt, der Hand- und intellektuellen Arbeit, der landwirtschaftlichen und industriellen (der Arbeiter, Beamten und Angestellten), 8 weitere Sitze stehen dem Kapital zu, aber nur dem wirklich aktiven industriellen und Handelskapital: den Banken, Börsen und Versicherungsgesellschaften. Die restlichen 8 Sitze sind für die Verbraucherorganisationen bestimmt, da gerade die Verbraucher nach der Auffassung des Gesetzes einen ganz besonderen wirtschaftlichen Faktor im Leben jeder Nation darstellen.

Der Wirtschaftsrat wird die erste französische Parlamentsart sein, zu der auch Frauen zugelassen sind. Noch immer ist es nicht möglich gewesen, das Frauenstimmrecht in Frankreich einzuführen, da sich immer erneut alle Vorschläge des Ministeriums und der Kammer an dem hohen Gastein brachen, den die Antirepublikaner einst im Senat errichtet hatten. Jedoch nicht nur in der Möglichkeit seiner Zusammenkunft, sondern allein in seiner Schaffung liegt der Wunsch der Regierung, die französische Wirtschaft wieder auf die Bahn irgend einer kapitalistischen Oberherrschaft nach auf die eines kommunistischen Bonapartismus gleiten zu lassen. Darin liegt ihr Wille, das freie Konkurrenzspiel einzuschränken, das Recht des wirtschaftlich Stärkeren zumindest zurückzudämmen und profitgierige Ansprüche irgendwelcher kapitalistischer Kreise nicht nur in der Öffentlichkeit kontrollieren zu können, sondern auch mit Macht zu verhindern. Daher wird die französische sozialistische Partei für die jetzigen Vorschläge im Parlament stimmen.

Ein Habsburgerproß als Schlosserlehrling.

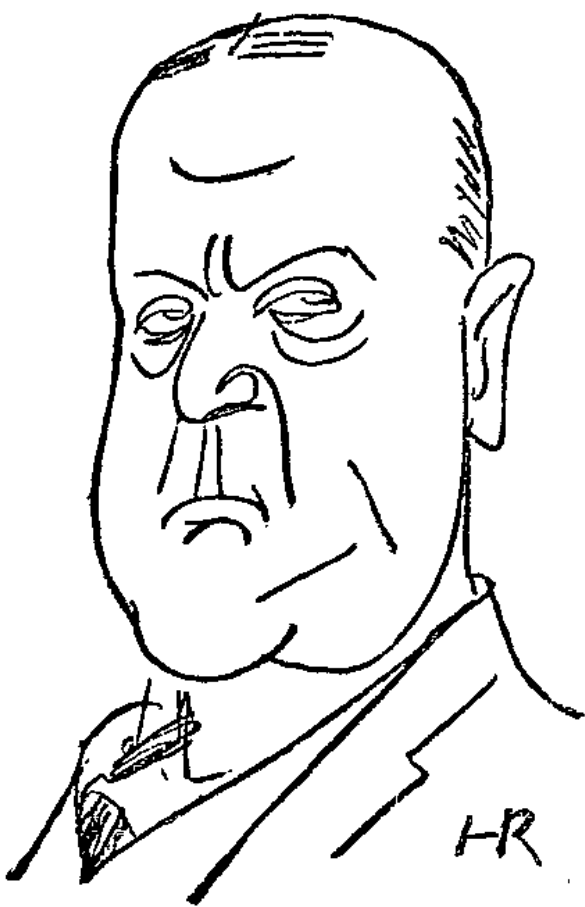
Entsagen bei den Standesgenossen.

SPD. Wien, 31. Januar. (Sta. Drahtber.)

Ein neuer Streit, in dessen Mittelpunkt die Urteile des Kaisers Franz Joseph stehen, verursacht große Aufregung in Wien und ganz Österreich. Während die anderen Habsburger sich in Oesterreich aufhalten, um gegen die Republik zu kämpfen, lebt bei Wien in stiller Abgeschiedenheit eine ehemalige Habsburgerin, die Gattin des Kaisers Franz

Joseph, die Tochter des Kronprinzen Rudolf, Elisabeth, die mit dem ungarischen Fürsten Windischgrätz verheiratet war, seit vielen Jahren aber von ihm geschieden ist. Schon vor einigen Jahren machte der Fürst den Versuch, die Kinder, die gerichtlich der Frau zugesprochen sind, ihr zu entziehen. Damals haben die Arbeiter von Schönau, wo Elisabeth Windischgrätz, wie sie sich heute nennt, mit ihren Kindern lebt, der Frau die Kinder gerettet, indem sie sich gegen eine gewalttätige Entführung zur Wehr setzten. Inzwischen hat die ehemalige Habsburgerin die österreichische Staatsbürgerschaft erworben und lebt als einfache Bürgerin in Schönau und Wien. Ihre vier Kinder läßt sie als einfache Bürgerkinder erziehen. Der älteste, Franz Joseph, besucht eine landwirtschaftliche Anstalt, der zweite eine Kunstakademie, und der dritte, namens Rudolf, ist seit einiger Zeit Lehrling in einer Automobilwerkstätte. Das war dem Kaiser-Fürsten in Ungarn doch zu viel, sein fürstlicher Sprößling einfacher Arbeiter in einer Werkstatt. Also wandte er sich mit einer Beschwerde an das Vormundschaftsgericht, das diesem Mißstand abhelfen soll. Auf die Entscheidung des Gerichts darf man sehr gespannt sein.

Reichswirtschaftsminister Neuhaus der alte ehrliche Monarcho-Republikaner



Warum denn stets gleich schwören, meine Lieben?
Man läßt es, wenn es geht; das ist gescheiter.
Im Katechismus steht ja schon geschrieben:
Du sollst nicht schwören, zaubern und so weiter.

Doch gilt's, Ministerposten zu erraffen:
Da schwört man, weil's Bedingung doch nun mal ist,
Finst auf die Republik und denkt: Ihr Affen...
Dies nennt sich: reservatio mentalis. O. K.

Wirtschaftspolitische Wochenplan.

Die allgemeine Erhöhung der Weltmarktpreise, die seit dem Oktober eingeleitet hat und die seit Beginn dieses Jahres in beschleunigtem Tempo verläuft, hat auch der deutschen Industrie Anlaß zu Preissteigerungen auf der ganzen Linie gegeben. An sich ist es richtig, daß eine allgemein aufsteigende Preissteigerung sich überall auswirken muß. Dennoch fehlen sehr wesentlichen Teilen der deutschen Industrie ausreichende Gründe, Preissteigerungen vorzunehmen, weil sie bereits erheblich über die Weltmarktpreise hinausgegangen sind. Die einzelnen deutschen Wirtschaftszweige haben sich durch die Bank die Gelegenheit zu neuen Preissteigerungen nutzbar gemacht. In einer Reihe von Fällen, so z. B. in der Papierindustrie, entbehren die Preissteigerungen jeder plausiblen Begründung. Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die Nachprüfung der erhöhten Preisforderung sehr lässig gehandhabt wird und allerlei zu wünschen übrig läßt. Es scheint, daß

unter dem neuen Regime, unter der Leitung des Herrn Neuhaus, das Reichswirtschaftsministerium den Wünschen der Interessenten, die sehr unangenehme Preisrevisionen einzuführen, in weitem Maße entgegengekommen wird.

Herr Neuhaus ist der wirtschaftliche Fachminister der Nation. Er ist nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft der deutschen Wirtschaft verantwortlich. Zur deutschen Wirtschaft gehören nicht nur die Unternehmer, sondern auch die übrigen 95 Prozent der deutschen Bevölkerung. Er müßte vor allem sich klar sein über die Bedeutung, die eine neue starke Preissteigerung für Deutschland hat. Im Jahre 1925, wo wahrscheinlich die noch immer unruhige Linie der Geldbewertung sich vollends glättet und wo auch die vibrierende Unruhe in der internationalen Währung verschwinden wird, ist, wenn nicht alles klappt, eine radikale Korrektur der anormalen Weltmarktpreise zu erwarten. Die starke amerikanische Geldausfuhr, die Entlastung Amerikas von seinem erheblichen Goldüberschuß, die Rückkehr zu einer normalen Entwicklung in der Rohstoff-, besonders aber auch in der Welt- und Baumwoll-Produktion, muß einen nachhaltigen Druck auf die Preis-anomalien in allen Ländern bewirken.

Der Kampf um den Warenmarkt der Welt beginnt tatsächlich erst jetzt. Für Deutschland bedeutet die erfolgreiche Teilnahme an diesem Kampf eine Ausnahmepolitik größten Stiles. Was will aber Deutschland, das Weltmarktpreise hat, in diesem Kampfe leisten? Diese Frage muß sich Herr Neuhaus vorlegen und er hat sie zu beantworten. Ist er der Meinung, jenes Herrn Brandes, des Vorsitzenden der christlichen Landwirtschaftskammer, der auf der letzten Tagung des Landwirtschaftsrates behauptete, der Export wäre für unsere Wirtschaft ziemlich gleichgültig? Oder teilt Herr Neuhaus die Auffassung der Leute um Klotzner, die den deutschen Preis dem niedrigeren Weltmarktpreis anpassen wollen, indem sie dem Inland höhere Preise diktieren? Sollte das zutreffen, so wird das Problem des Inlandmarktes gar bald eine unheilvolle Krise auslösen. Wir kennen doch die deutschen Zustände als anormal. Wir wissen auch, daß sie sich über Nacht ändern können. Wenn man heute gegenüber reich überhöhten Zinssätzen z. B. den Wert von besonders billigen Geld gibt, ist das begreiflich; diese Maßnahme ist aber so allgemein geworden, daß sie für Industrie, die das billige Geld nicht bekommen, Ausnahmehandlung ist. Diese Dinge müssen wir ernst nehmen, weil hier eine willkürliche Veränderung der Produktionsbedingungen vorliegt und sie werden um so eher zum Bruch führen, je schneller das Ausland zu normalen Wirtschaftsbedingungen kommt. Dafür sind also Anzeichen da. Deutschland aber, noch im Besitz der Lutherischen Versprechungen von Preisverbürgungsaktionen, erlaubt sich abermals Preissteigerungen.

Herr Neuhaus hat bisher noch nicht Gelegenheit genommen, sich über Ziele und Ziel seiner Wirtschaftspolitik öffentlich zu äußern. Über der Forderung des anderen, mit großem Einfluß auf die deutsche Wirtschaft ausgerichteten Reichsministeriums, der Herr Finanzminister von Schlieffen, hat sich jüngst in einer sehr armen Rede über seinen Aufgabenkreis ausgesprochen. Diese Rede war eigentlich nur ein nüchterner, sachlicher Bericht und keine Staatsrede. Ein Spiel mit Zahlen und ein paar schöne, aber wohl nicht ganz überlegte Worte. In den Schlieffen'schen Ausführungen fehlt jede schöpferische Idee. Man ist durch sie keineswegs klüger geworden. Der Finanzminister der deutschen Republik ist der Mann, in dessen Machtbereich nicht wenige Hebel zur Beeinflussung des Ganges der deutschen Wirtschaft liegen. Gleichzeitig ist aber die Entwicklung der Wirtschaft von entscheidendem Einfluß auf das Ergebnis des Budgets. Darum hätte gerade der Finanzminister Veranlassung, die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Steuern und die Folgen eines Abbaues produktionshemmender Steuern für die Wirtschaftsbelebung im Auge zu behalten. Und so haben wir erwartet, von Schlieffen zu hören, daß Luther zweimal die Steuern gemildert hat mit dem Ziel, die Preise zu senken, und daß er beide Male Mißerfolg gehabt hätte. Wir haben weiter das Bekenntnis erwartet, daß sich die in Vorbereitung befindliche Steuerreform wirklich, soweit nicht ein Abban überhöhter Steuern wie Lohnabzug usw., der an und für sich die Wirtschaft beleben muß, in Frage kommt, nur verantworten läßt, wenn Garantien für eine Preisentlastung gegeben werden. Von diesem Standpunkt aus müssen wir die angekündigte Steuerreform nun einmal betrachten.

Es handelt sich, wenn wir das deutsche Preisproblem in den Vordergrund rücken, tatsächlich um eine entscheidende Frage. Man redet heute immer so viel über das Ankerbein der deutschen Wirtschaft. Was denkt man sich dabei? Glaubt man, wie die Winkelsüge unserer Wirtschaft oft vermuten lassen, mit einigen hundert Millionen Liebesgaben, wie man sie jetzt der deutschen Schwerindustrie zuzuschauelt, die Wirtschaft flott zu machen? Das ist töricht. Wir hängen von der Gestaltung der Weltkonjunktur ab, und wir müssen uns darüber klar werden.

Pankraz, der Schmoller

Von Gottfried Keller.

2. Fortsetzung.

Dies und noch anderes war ihm auf dem Wege eingefallen, und indem er schmerzhaft und bang kaum erleben mochte, ob er die Verlassenen wiedersehen würde, hatte er auch einige Wachsfiguren eingekauft und jündete jetzt zwei derselben an, so daß die Frauensleute sich nicht zu lassen wußten vor Verwunderung ob alle der Herrlichkeit.

Dergestalt ging es wie auf einer kleinen Hochzeit in dem Säuschen der Witwe, nur viel stiller, und Pankraz benutzte das helle Licht der Kerzen, die gealterten Gesichter seiner Mutter und Schwester zu sehen, und dies Sehen rührte ihn stärker, als alle Gefahren, denen er ins Gesicht geschaut. Er vertiefte in ein tiefes trauriges Sinnen über die menschliche Art und das menschliche Leben, und wie gerade unsere kleineren Eigenschaften, eine freundliche oder herbe Gemütsart, nicht nur unser Schicksal und Glück machen, sondern auch dasjenige der uns Umgebenden und uns zu diesen in ein strenges Schuldverhältnis zu bringen vermögen, ohne daß wir wissen, wie es zugegangen, da wir uns ja unser Gemüt nicht selbst gegeben. In diesen Betrachtungen ward er jedoch gestört durch die Nachbarn, welche jetzt ihre Neugierde nicht länger unterdrücken konnten und einer nach dem anderen in die Stube drangen, um das Wunderkind zu sehen, da sich schon in der ganzen Stadt das Gerücht verbreitet hatte, der verschollene Pankraz sei erschienen, und zwar als ein französischer General in einem vierpännigen Wagen.

Dies war nun ein höchst verwickelter Fall für die in ihren Vergnügungsorten versammelten Schmoller, sowohl für die Jungen wie für die Alten, und sie trugten sich verdrüst hinter den Ohren. Denn dies war gänzlich wider die Ordnung und wider den Strich zu Schmoll, daß da einer wie vom Himmel geschnitten als ein gemachter Mann und General herkommen sollte gerade in dem Alter, wo man zu Schmoll sonst fertig war. Was wollte der denn nun beginnen! Wollte er wirklich am Orte bleiben, ohne ein Herabgekommenen zu sein die übrige Zeit seines Lebens hindurch, besonders wenn er etwa alt würde? Und wie hatte er es angefangen? Was zum Teufel hatte der unbeachtete und scheinbare junge Mensch betrieben die lange Jugend hindurch ohne sich aufzubringen? Das war die Frage, die alle Gemüter bewegte, und sie fanden durchaus keinen Schlüssel, das Rätsel zu lösen, weil ihre Neugier- oder Seelgierde zu klein war, um

zu wissen, daß gerade die herbe und bittere Gemütsart, welche ihm und seinen Angehörigen so bittere Schmerzen bereitet, sein Wesen im übrigen wohl konzentriert, wie der scharfe Essig ein Stück Schöpfensfleisch, und ihm über das gefährliche Selbstmord-Glanzalter hinweggeholfen hatte. Um die Frage zu lösen, stellte man überhaupt die Wahrheit des Ereignisses in Frage und bestritt dessen Möglichkeit, und um diese Auffassung zu bekämpfen, wurden verschiedene alte Fassiken nach dem Plätschen abgesandt, so daß Pankraz, dessen schon verfallene Nachbarn ohnehin diesem Stande angehörten, sich von einer ganzen Versammlung neugieriger und gemüthlicher Fassiken umgeben sah, wie ein alter Heros in der Unterwelt von den herbeileidenden Schatten.

Er jündete nun seine künftige Peise an und erfüllte das Zimmer mit dem fremden Wohlgeruch des morgenländischen Tabaks; die Schatten oder Fassiken witterten immer neugieriger in den blauen Duftwolken umher, und Estherchen und die Mutter besaßen unaussprechlich die Lustigkeit und Gefälligkeit des Pankraz, mit welcher er die Leute unterhielt, und zuletzt die freundliche, aber sichere Gewandtheit, mit welcher er die Versammlung endlich entließ, als es ihm Zeit dazu schien.

Da aber die Freuden, welche auf dem Familienglück und auf frohen Ereignissen unter Blutsverwandten beruhen, auch nach den längsten Leiden die Beteiligten plötzlich immer jung und munter machen, statt sie zu erschöpfen, wie die Aufregungen der weiteren Welt es tun, so verspürte die alte Mutter noch nicht die geringste Müdigkeit und Schlafsucht, so wenig als ihre Kinder, und von dem guten Weine erwärmt, den sie mit Zufriedenheit genoß, verlangte sie endlich mit ihrer noch viel ungeduldigeren Tochter etwas Näheres von Pankrazens Schicksal zu wissen.

„Ausführlich“, erwiderte dieser, „kann ich jetzt meine trübliche Geschichte nicht mehr beginnen, und es findet sich wohl die Zeit, wo ich euch noch und nach meine Erlebnisse im einzelnen vorlesen werde. Für heute will ich euch aber nur einige Umrisse angeben, so viel als nötig ist, um auf den Schluß zu kommen, nämlich auf meine Wiederkehr und die Art, wie diese veranlaßt wurde, da sie eigentlich das rechte Seitenstück bildet zu meiner ehemaligen Flucht und aus dem gleichen Grundtone geht. Als ich damals auf so schnelle Weise entwich, war ich von einem untüchtigen Groll und Weh erfüllt; doch nicht gegen euch, sondern gegen mich selbst, gegen diese Gegend hier, diese unruhige Stadt, gegen meine ganze Jugend. Dies ist mir jetzt erst deutlich geworden. Wenn ich hauptsächlich immer des Offens wegen böse wurde und schmollte, so war der geheime Grund hier: das nagende Gefühl, daß ich mein Leben nicht verdient.

weil ich nichts lernte und nichts tat, ja weil mich gar nichts reizte zu irgendeiner Beschäftigung und also keine Hoffnung war, daß es je anders würde; denn alles, was ich andere tun sah, kam mir erbärmlich und albern vor; selbst euer ewiges Spinnen war mir unerträglich und machte mir Kopfschmerz, obgleich es mich Mäßigen erhielt. So rannte ich davon in einer Nacht in der bittersten Herzensqual und ließ bis zum Morgen, wohl sieben Stunden weit von hier. Wie die Sonne aufging, sah ich Leute, die auf einer großen Wiese Hühner machten; ohne ein Wort zu sagen oder zu fragen, legte ich mein Bündel an den Rand, ergriß einen Rechen oder eine Heugabel und arbeitete mit den Leuten und mit der größten Geschicklichkeit; denn ich hatte mir während meines Herumlungerns hier alle Handgriffe und Uebungen derjenigen, welche arbeiteten, wohl gemerkt, sogar öfter dabei gedacht, wie sie dies und jenes angefaßt in die Hand nehmen und wie man eigentlich die Hände ganz anders müßte fliegen lassen, wenn man erst einmal ein Arbeiter heißen wollte.

„Die Leute sahen mir erkannt zu, und niemand hinderte mich an meiner Arbeit; als sie das Morgenrot sahen, wurde ich dazu eingeladen; dieses hatte ich bezweckt, und so arbeitete ich weiter, bis das Mittagessen kam, welches ich ebenfalls mit großem Appetit verzehrte. Doch nun erlaubten die Bauersleute noch viel mehr und sandten mir ein verdühtes Geschloß nach, als ich, anstatt die Heugabel wieder zu ergreifen, plötzlich den Mund wusch, mein Bündelchen wieder aufgriff, und ohne ein Wort weiter zu verlieren, meines Weges weiter zog. In einem düstern, kühlen Buchenwäldchen legte ich mich hin und schlief bis zur Abenddämmerung; dann sprang ich auf, ging aus dem Wäldchen hervor und guckte am Himmel hin und her, an welchem die Sterne hervorzutreten begannen. Die Stellung der Sterne gehörte auch zu den wenigen Dingen, die ich während meines Mühsigganges gemerkt, und da ich darin eine große Ordnung und Pünktlichkeit gefunden, so hatte sie mir immer wohlgefallen, und zwar um so mehr, als diese glänzenden Geschöpfe solche Pünktlichkeit nicht am Taglohn und um eine Portion Kartoffelsuppe zu üben schienen, sondern damit nur taten, was sie nicht lassen konnten, wie zu ihrem Vergnügen, und dabei wohl bestanden. Da ich nun durch das allmähliche Auswendiglernen unseres Geographiebuchs, so einfach dieses war, auch auf dem Erdboden Bewußt wurde, so verstand ich meine Richtung wohl zu nehmen und beschloß in diesem Augenblick, nordwärts durch ganz Deutschland zu laufen, bis ich das Meer erreichte.

(Fortsetzung folgt.)

WEISSE WOCHEN

Die besten Qualitätswaren
 die niedrigsten Preise
 die besten - Auswahl
 die glanzvollen Ausstattungen
 unsere „Weissen Wochen“ sind für jedermann
 eine Versuchung, unsere Güter zu kaufen

HOLSTENHAUS

Fritz Reuters

Ausgewählte Werte
 3 Bände Sammlungen
 11.25 M.

Buchhandlung

„Zug. Volksbote“

Verlagsr. 46

Ich zahle die allerhöchsten Preise für

Felle
und (1869)
Haare

Josef Wagner Tel. 3414
 Schwanen-Str. 11
 Beste Arbeitsquelle für
 Händler und Private

Uhren-Kredithaus Voß

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kaufleute!

Einem langen Bedürfnis entsprechend, hervorgerufen durch die heutige schwierige Lage, habe ich mich entschlossen, mein ganzes Lager in

Uhren und Goldwaren

trotz meiner enorm **billigen Preise** ohne Aufschlag bei bequemer **Teilzahlung** zu liefern.

Sofortige Aushändigung der Ware

Fachmännische Bedienung — Erstklassige Fabrikate — Strengste Reellität

Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden zuverlässig und preiswert ausgeführt — Eigene Reparatur-Werkstatt

Hermann Voß

Uhrmacher und Juwelier

36 Fleischhauerstraße 36

Teilzahlung

Teilzahlung

Rheuma Nr. 37

hilft gegen alle 1670 Gliederschmerzen

Zu haben in allen Apotheken!

Patentmatrassen
 Aufhängematrassen
 werden in jed. Größe
 angefertigt (1868)
 Anlagen
 von 9.50 M. an
 Gebrüder Hefti,
 Untertrave 111/112
 1. Stod, kein Laden
 2. St. v. d. Volkensst.
 Welt. Esch. - Weich.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 3. Februar.

Aus der Bürgerschaft.

Kommunistisches Heldenbild. — Innungsmeister und Arbeiter-Genossenschaften. — Schiffsahrt im Not. — Gegner der Schulreform.

Die 10 Herren mit dem von Moskau diktierten Blankovotum für ungeeignete Parlamentarier in der Tasche sind sich ihrer Flugkraft in der Bürgerschaft wohl bewußt. Sie gehorchen wie ehemalige preussische Refruten dem Befehl des Unteroffiziers und fressen lieber aus dem selbst besudelten Spudnapf als aus dem sauberen Teller eines Sozialdemokraten. Was im Reich und in Preußen im Großen geschah, das äfften die Lübecker Kommunisten im windigsten Maße nach: sie verhielten den Bürgerlichen zu einer Vertretung mehr in der Bauhütte; hatten das feste Vertrauen, durch Abgabe weißer Zettel die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Um ein Haar wäre ihnen dieser Streich zum zweitenmal geglückt. Das ist noch Arbeiterpolitik! Da sitzen die großen Geister, reiben sich die Zähne, zeigen sich über den Sieg der Bürgerlichen und schimpfen dann über die Sozialverräter. Die Hinterhältigkeit der Moskauer Hausnechte und ihre politische Inkompetenz wurde durch diesen Schurkenstreich wieder einmal offenbart.

Da lobt man sich fast lieber noch einen couragierten Steppenreiter vom Schlage des Herrn Rosenquiß. Der sagt wenigstens offen, wie gemein sozialdemokratische Mitglieder von Behörden zum Nutzen ihrer Klassengenossen und demzufolge zum Schaden der Leinigen arbeiten. Der Mann behauptet schamlos, daß die Gem. Arbeitergenossenschaft und ihr wessensverwandte Genossenschaften bei der Bewilligung von Baugeldern bevorzugt würden. Die Beweise können sich die innungsstrauerliche Angehörigen aus dem Raucherhaken holen, aus dem Herrn Rosenquiß ruhige Behauptungen geschnitten sind. So ganz beiseite — wenn es ums Geschäftliche geht — sind die Parforccreiter à la Rosenquiß doch wirklich nicht. Sie wissen schon, wo noch etwas zu finden ist, auch wenn das Geld nicht aus allgemeinen Mitteln herausgeholt wird. Hat nicht der Verein Bauhütte, oder wie sein Titel heißen mag, über 100 000 Mark Arbeitergeheim zum Bau von Wohnungen erhalten? Hat ihm nicht die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte diese Baudarlehen gegeben? Stammen sie also nicht von Geldern, die ausschließlich von Arbeitern aufgebracht wurden und die vorzugsweise zum Bau von Wohnungen verwandt werden sollen, die für die Versicherten in Frage kommen? Und nun werden Wohnungen dafür gebaut, deren Mietpreis zwischen 700 und 900 Mark betragen wird. Ist das nicht unerhört! Können Arbeiter mit ihrem dürren Einkommen derartige Mieten bezahlen? Warum schweigt Herr Rosenquiß, der sicher Mitglied der Bauhütte ist, über diese „gemeinnützige“ Bautätigkeit?

Ja, diese Gemeinnützigkeit legen auch andere Herrschaften eigenartig aus. Herr Dr. Wittern z. B. möchte sie auch staatsseitig zugunsten der Lübecker Reeder angewandt wissen, der seinen Herren, deren vielgerühmter Hausatengeist in der Welt herumfliehet und Lübeck Lübeck sein läßt. Nun padt der Staat zu, um Lübeck nicht zu einem großen Dorf mit schönen Hafenanlagen werden zu lassen, sondern den Wettkampf mit der Ostseewirtschaft aufzunehmen. Dem Lübecker Reederverein ist das nun auch wieder nicht recht, ebensowenig wie den Kommunisten, die das große Wunder erst in einem Welt-Komitee erblicken. Die Reeder aber sagen sich, Subventionen wären eine schöne Sache — und dabei braucht man sich wegen einer Konkurrenz nicht aufzuregen. Wenn Seefahrt für Lübeck so not ist, dann also heraus aus dem Hafen!

Konservativer Geist in weltlichen Köpfen wirkte sich gestern auch in Schulfragen aus. Völkische und Wirtschaftsgemeinschaftler bildeten die Bremskräfte. Fink und Tr. Kolbe versuchten den Zeiger zurückzudrehen und die Gemeinschaftsschule zu vernichten. Insbesondere gab sich Tr. Kolbe schlaftrunken und mit geschlossenen Augen zerronnenen Bonneten zu hin, verteidigte mit mehr Worten als Temperament die alte preussisch-deutsche Unterwürfigkeitsschule, aus der so viele stramme Unteroffiziere für den Obristenstaat erwuchsen.

Mit welcher Frische sprach dagegen die tapfere Demokratin Tr. Richelsen, und mit welcher Logik erklärte Genosse Zander den Kern der Gemeinschaftsschule. Die Kommunisten, die sich bei der jahrelangen Vorberatung die Zipselmütze über den Gesicht zogen, hatten noch etwas ganz Besonderes auf dem Herzen. Die 10jährigen Kinder sollten den Schulleiter mitwählen und ihm den Lehrstoff über kommunistische Aufstufung vorschreiben. Da hatte Genosse Dregger schon ganz recht, wenn er bei einem früheren Antrag sagte, mit verworrenen Geistern sei nicht zu diskutieren. Die Rechte brachte es fertig, der Vorlage eine zweite Lesung aufzuzwingen. Nur drei Wirtschaftsgemeinschaftler traten für die Gemeinschaftsschule ein.

Im Laufe der Verhandlung gab es noch zwei weitere Attraktionen: Herr Dietrich will nun endlich den Senat küssen, sonst ist es aus mit Bewilligungen durch die Hausbesitzer. Und Herr Leewe, der große Redner in Sportartikeln, holte sich eine gründliche Blamage. Er hatte kürzlich über die Schulbrauerei vom Reder gezogen, aber nie eines im Leben gesehen. Und als er sie sah, da packte ihn das Grauen — vor seinen Schaulustigen, für die der Wirtschaftsgemeinschaftler sich erst noch die Beweise zusammensuchen muß.

Um 10 Uhr waren die Senatsanträge erledigt.

Über die Kirchenaustrittsbewegung gibt der Statistiker Prof. A. Schneider im „Evangelischen Deutschland“ einen Überblick. Es handelt sich bei diesen Zahlen um die Jahre 1919–1922. Der Gesamtverlust durch die Kirchenaustrittsbewegung betrug für die evangelische Kirche darnach 931 146 Personen. Ihren Höhepunkt erreichte die Kirchenaustrittsbewegung für die evangelische Kirche im Jahre 1921. Während 1920 305 584 Personen aus der evangelischen Kirche austraten, fanden im Jahre 1922 nur 149 709 Austritte statt. Zurückgeführt zur Kirche sind 1921: 24 837 Personen und im Jahre 1922: 19 068 Personen. Nach den Feststellungen Schneiders hat die Kirchenaustrittsbewegung zurzeit einen Stillstand erfahren.

Für Reisende nach dem besetzten Gebiet. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Nach den Vorschriften für den Verkehr mit dem besetzten Gebiet können alle deutschen Staatsangehörigen über 16 Jahre und alle Staatsangehörige einer

Macht, deren Truppen an der Besetzung teilnehmen, die über 16 Jahre sind und im besetzten Deutschland ständig wohnen, unbehindert zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet verkehren, vorausgesetzt, daß sie im Besitze eines Personal-ausweises mit Lichtbild oder eines von ihren Heimatbehörden ausgestellten und beglaubigten Passes sind. Da die Besatzungsbehörde in letzter Zeit die Personenkontrolle sehr scharf handhabt und Reisende ohne gültige Ausweise in Geldstrafen nimmt, kann nur dringend angeraten werden, sich mit den vorgeschriebenen Ausweispapieren zu versehen.

Geld ist wieder da! Der Lübecker Kommunist, Ab-leger der am Hungertopfe in Schwerin verstorbenen Welttribüne, wurde wieder zum Leben erweckt. Seit Montag erscheint das „Komjournale“ wieder als „Vorbild der roten Fahne“ in Berlin und nennt sich „Arbeiter-Zeitung“ für Mecklenburg-Lübeck. Es handelt sich nur um eine Kopie der von Moskau ausgehenden roten Fahne, und ist ausschließlich Berliner Produkt. Von vorn bis hinten wird in der bekannt schönen Sprache gegen die Sozialdemokratie losgezogen. Der dritte Teil dieser ersten Nummer einer sogenannten „Arbeiter-Zeitung“ wird von ein paar Insektaten bekräftigt. Der Schwindel der Allweltsbeglückter kann also wieder losgehen. 300 Abonnenten werden sich wohl im ganzen aufreiben. Für 10 000 wird dafür Krach gemacht.

Das 3. Jahr der Lübecker Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenkranke. Im Jahre 1924 blieb es bei der wöchentlichen Sprechstunde (Montags 5 und 6 Uhr Wohlfahrtsamt, Untertrave 104, Zimmer 8.) Es wurden 102 Personen (44 Männer und 58 Frauen) in 273 Beratungen verfolgt gegen 72 Personen (41 Männer und 31 Frauen) im Jahre 1923. Die Zuweisung der Fälle erfolgte 37mal durch Selbstmeldung, 29mal durch die eigene Familie, 11mal durch die Heilanstalt, 10mal durch Behörden und Fürsorgestellen, 6mal durch Privatärzte, 6mal durch Bezirksfürsorgefrauen. Der Zweck der Inanspruchnahme der Fürsorgestelle war 10mal Arbeitsbeschaffung, 3mal Berufsberatung, 11mal Anstaltsunterbringung, 11mal Pflegehilfs-, Entmündigungs-, Ehe-scheidungs-, Renten- und andere rechtliche Angelegenheiten, 6mal Miets- und Wohnungsangelegenheiten, 14mal wirtschaftliche Unterstützung, 38mal sonstige Hilferufen. Die Art der Hilfeleistung gestaltete sich wie folgt: Arbeitsbeschaffung erreicht 10mal, Berufsberatung 3mal, Anstaltsunterbringung 5mal, Entmündigung 3mal, wirtschaftliche Unterstützung gewährt 7mal, Wohnungsangelegenheiten geregelt 6mal, Verweisung in ärztliche Behandlung bzw. Ermöglichung derselben 12mal, Erhaltungsaufenthalt vermittelt 6mal, in den übrigen 47 Fällen wurden die verschiedensten Ratschläge erteilt und mannigfache Maßnahmen

ergriffen. Häufig wurde die Ausstellung gutachtlicher Zeugnisse erforderlich. Über die Art der Erkrankung der Hilfesuchenden wurden folgende Feststellungen gemacht: 14 litten an Jugend-irreien, 1 an fortschreitender Hirnlähmung, 12 an Altersstörungen, 8 an angeborenem Schwachsin, 9 an Epilepsie, 5 an Syphilitis, 17 an nervöser Erschöpfung und Neurosen, 8 an chronischem Gehirn- und Rückenmarkleiden, 2 an chronischem Alkoholismus, 18 waren Psychopathen, 7 ließen sich in die vorstehenden Rubriken nicht einordnen oder waren diagnostisch nicht genügend zu klären. Eine organisatorische Neuerung des vergangenen Jahres war die, daß die Bezirksfürsorgefrauen in geeigneten Fällen zu Ermittlungs- und Fürsorgezwecken herangezogen wurden. Die soziale Stellung der Fürsorgefälle lag in den Händen von Fräulein Margarete Richter, Wohlfahrtsamt, die ärztliche beim Unterzeichneten. Oberarzt Dr. Enge.

Zwei Flieger tödlich verunglückt.

Aus Travemünde wird uns berichtet: Nach Vornahme eines Höhenrekordfluges verunglückte am Montagabend, 1/2 Uhr, ein Flugzeug einige Sekunden vor der Landung auf dem Flugplatz in Travemünde aus noch nicht bekannten Gründen, nachdem der bisherige Weltrekord für derartige Apparate ganz bedeutend überboten worden war. Der Führer Münch und der Beobachter Stiegert, beide aus Hamburg, erlitten hierbei leider tödliche Verletzungen.

Der Stand der Erwerbslosen.

Am 28. Januar belief sich die Zahl der Erwerbslosen am Orte auf 2618. (In der Vorwoche 2636.)

Davon entfallen auf:

Landwirtschaft	56
Metallgewerbe	393
Holzgewerbe	48
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	43
Bauwerke	153
Müller	61
Kaufleute u. Bureauangestellte	191
Ungelehrte Arbeiter	1268
Jugendliche Arbeiter	91
Erwerbsbeschränkte	85
Verschiedene Berufe	121
Frauen und Mädchen	139

2618

Lübecker Bürgerschaft.

Eingaben. — Wahlen.

b. Lübeck, 2. Februar.

Vom 1. Stellvertreter des Vorsitzers, Heinsch, wird u. a. eine Eingabe der gemeinnützigen Bauvereine Lübecks bekanntgegeben, die um Bereitstellung weiterer staatlicher Mittel zum Wohnungsbau auch deswegen ersuchen, um Entlastungen im Baugewerbe zu verhindern. Die Eingabe geht an den Hausbauausschuß. — Eine weitere Eingabe hat der Reederverein an die Bürgerschaft mit Bezug auf die Lübeck-Linie gerichtet.

Der Vorsitzende des Vorkommensausschusses, Haut, berichtet über beantragte Aufhebung der Immunität der Bürger-schaftsmitglieder Dr. Reber und Dr. Haun. Im ersten Fall hat der Vorkommensausschuß die Aufhebung mit Stimmenmehrheit abgelehnt, im letzteren einstimmig empfohlen. Die Bürgerschaft stimmt diesen Anträgen zu.

Bei der Wahl bürgerlicher Mitglieder von Be-hörden wurden in zwei Fällen Stichwahlen erforderlich. In die Bauhütte wurde Eschenburg mit 26 Stimmen gewählt. Mainz (Soz.) erhielt 25. (Die Kommunisten gaben weiße Zettel ab.) In die Stiftungsbauhütte wurde Wolfradt (Soz.) mit 27 gegen 26 Stimmen gewählt.

Senatsvorlagen.

Ausführungsgezet zum Reichsheimstättengezet vom 10. Mai 1920 (Zweite Lesung). — Senator Dr. Stöck betont, der Senat würde es bedauern, wenn heute die Vorlage abgelehnt würde. Es handle sich um ein Reichsgezet, zu dem der Senat die Ausführungsverordnung zu erlassen habe. Die künftigen Heimstättenbesitzer hätten durch die Ablehnung einen Nachteil. Er sei überrascht über die Ablehnung der sozialdemokratischen Fraktion, wo doch im Reichstag die Sozialdemokraten für das Gezet eingetreten seien. — Rehmer (Soz.) betont, der Nachteil für die Heimstättenbesitzer sei von untergeordneter Bedeutung. Die grundlegenden Gesichtspunkte würden in der Ausführungsverordnung zu wenig berücksichtigt, daß für die Ausgestaltung der Heimstätten kein Bedürfnis mehr vorliege. — Wande (Dem.) hält die Gründe des Vorredners nicht für stichhaltig genug, um die Vorlage abzulehnen. — Die Senatsvorlage wird mit 24 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Regulierung des Steinrader Weges. — Schetelig (Wirt-schaftsg.) glaubt, daß durch diese Vorlage die Baulastigkeit dort gefördert wird. In Ordnung gemacht werden müsse auch die Wakenstraße von der Klosterstraße bis zur Alten Trennanstraße. — Senator Dr. Stöck sagt spätere Erneuerung zu. — Dietrich (Hausbes.) fordert auch Ausbesserung der Klosterstraße. — Schmidt (Komm.) fordert bei Ausführung dieser Arbeiten Tariflöhne (Zuruf: Ist ja selbstverständlich!) Auch gegen die Ver-wendung von Pflastersteinen aus anderen Straßen sei seine Frak-tion. — Leewe (Wirtsg.) wünscht gleichzeitig die Legung von Ka-beln. — Senator Dr. Stöck: Es ist kein Zweifel, daß hier die Tariflöhne ohne weiteres gezahlt werden sollen. — Die Senatsvorlage mit dem Zusatz Schmidt wird angenommen.

Chausseebau Giesendorf-Wehndorf und Travemünde-Leu-tendorf. — Dietrich (Hausbes.) fordert, daß die von der Bür-gerschaft angenommenen Anträge Jieseling (Ausbesserung der Wege in den Eingemeindungsgebieten) zur Ausführung kommen. — Senator Dr. Stöck erklärt, die Bauhütte habe sich schon längst mit den Anträgen beschäftigt. Sie seien der Finanzbehörde überwiesen. Die Ausführung erfordere aber den Erwerb von Grund und Boden und deshalb habe sich die Sache verzögert. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Weitere Kleinspflasterarbeiten auf der Travemünder Landstraße. — Hark (Hausbes.) beantragt, das Brückengeld für auswärtsige Kraftwagen bei der Herrenbrücke um 100 % zu erhöhen. — Die Senatsvorlage wird angenommen. Der Antrag Hark kommt zum Schluß der Tagesordnung zur Abstimmung.

Angriffe gegen die Arbeitergenossenschaften.

Verkürzung der Mittel für die Erweiterung von Stellungen. — Rosenquiß (Wirtsg.) fordert einen anderen Modus bei Vergabe der Mittel. Die Arbeitergenossenschaft und andere Genossenschaften hätten bisher das meiste erhalten. Erst kämen immer die Stellungengenossenschaften und den Rest erhielten Pri-

vate. Diese hätten aber das gleiche Anrecht. Der Redner bezieht sich bei seinen Behauptungen auf ein Schriftstück, das ihm vorge-legen habe. — Schetelig (Wirtsg.) fragt, daß durch diese Vorlage den Gärtnern wieder Land weggenommen werde. Es wäre empfehlenswert, ihnen das Land bis zum Herbst zu be-lassen. Man müsse auch fragen, wie man den Gärtnern neues Land zuweisen könne. — Senator Löwig: Die gewünschte Hinausziehung der Bebauung ist kaum möglich, da bereits Un-träge Bauaufträge vorliegen und dadurch die Wohnungsnot ge-lindert wird. — Dregger (Soz.) bestreitet die Gültigkeit eines Be-schlusses, der Rosenquiß Behauptungen bestätigen könnte. Die Abteilung der Finanzbehörde sowohl wie die Abteilung für Sied-lungen hätten Privatpersonen, die die letzten Baugelder aufbrin-gen können, genau so bezahlt, wie die Genossenschaften. — Ro-senquiß (Wirtsg.) verweist sich auf ein ihm vorgelegenes Schriftstück. (Zuruf: Den Beweis führen!) — Die Senatsvor-lage wird angenommen. Ebenso der Zusatz Schmidt betr. Tarif-löhne.

Ausföhrung weiterer Grundstücke auf dem Gelände zwischen der Kronsforder Allee und der Poststraße. — Wird mit dem Zusatz Schmidt angenommen.

Veränderung des Gesetzes vom 10. Dezember 1921, betreffend den Denkmal- und Naturschutz; mündlicher Bericht des Ausschusses für Unterricht, Kunst und Wissenschaft. — Zreinig (Wirtsg.) gibt den Ausschußbericht und sagt, der Hauptzweck sei, den Leuten bei Umbauten beratend zur Seite zu stehen. Bis auf wenige Fälle sei alles rasch erledigt worden. Der Denkmalsrat achte darauf, daß auch die wirtschaftliche Ausnutzung des Besitzes berücksichtig werden und lasse nicht nur ästhetische Rücksichten walten. — Der Bericht wird genehmigt.

Die Lübeck-Linie.

Gewährung eines weiteren Darlehns an die Lübeck-Linie M. G. — Dr. Wittern (Völk.) hätte erwartet, daß der Senat früher mit den Anträgen an die Bürgerschaft herantreten wäre. Bei solchem Vorgehen könnte man in große Verlegenheit kommen. Ueberraschenderweise habe in der Sitzung eine Ver-sammlung stattgefunden und zwar mit der Lübeck-Linie, die bei der Hapag zu Hause sei. Da könne es leicht kommen, daß die Lübeck-Linie das Aktienkapital der Lübeck-Linie werde. Die von staatlicher Seite in die Leitung entsandten Personen müßten da-rauf achten, daß die Lübeck-Linie nicht zu kurz komme. Das neue Darlehen dürfe nur gegeben werden, wenn auch das private Dar-lehen entsprechend erhöht werde. Die Konturierung Lübecks müßte im Gegen-satz zu anderen Häfen unterstützt werden, nicht aber dürfe der Staat anderen Lübecker Reedereien Konkurrenz machen. Der Staat müsse auf Antrag auch Reedereien unterstützen, die in Lübeck ihren Sitz und wirtschaftlichen Schwerpunkt haben. Der Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. — Senator Lö-wig bedauert, daß der zuständige Senatskommissar, der genaue Auskunft geben könne, der Verhandlung nicht beizumohnen kann. Der Senat habe gegen eine Ausföhrung nichts einzuwen-den, in der auch die Frage der Leitung besser besprochen werden könne. Die Annahme des Senatsantrages sei im Interesse des Seeverkehrs und der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten sehr er-wünscht. — Dr. Reibel (Wirtsg.) schlägt Ausföhrung vor. Der Gedanke des Senats sei eine logische Folge des früher von der Bürgerschaft angenommenen Antrages. Es seien aber Zweifel vorhanden, ob solche weitgehende Pläne schon heute not-wendig seien. Die Einwände der Reedereien könnten wohl schnell entkräftet werden. Es sei keine Rede davon, daß öffentliche Gel-der besonders günstig gegeben würden. — Rann (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Die Schiffahrt im Lübecker Hafen sei seit der letzten Vorlage schlechter geworden. Die östlichen Randhaa-ten hätten kein Hinterland ohne Komjournale. Ohne Rußland könne der Lübecker Hafen nicht aufgebaut werden. Mit der vor-geschlagenen Lonnengahl von 2500 könne keine Lonnenschiffahrt aufgenommen werden. Man solle erst für Frachten nach Lübeck sorgen. Lübeck fehle die Sammelabladungen. Man solle das Geld für die Erwerbslosen verwenden. Die Werftarbeiter hätten keinen Nutzen davon. Eine Besserung sei nur zu erzielen, wenn die kapitalistische Wirtschaftszuordnung zum Tausch gelangt sei. — Dregger (Soz.) verweist darauf, daß der Vorsitzende des Auf-sichtsrates der Lübeck-Linie gleichzeitig auch Vorsitzender der Finanzbehörde sei. Die Rentabilität für dieses Jahr sei durch vorliegende Geschäftskrisen gefährdet. Die Sozialdemokratie trete

gründlich für den Antrag ein, behalte sich jedoch vor, wesentliche Wünsche im Ausschuss zu unterbreiten. Im weiteren polemisiert der Redner gegen Dr. Wiltner und bezweifelt, daß es praktisch sei, oder von Geschäftstüchtigkeit zeuge, eine Behörde, die praktisch arbeiten sollte, mit besonderen Richtlinien zu belasten. — Die Vorlage wird auf Antrag Haut an einen Aglierbezogenen Ausschuss überwiesen.

Verpflichtung des Bewilligungsfonds des Abfalls 19 des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1924. — Stalter (Wirtsh.) ist für den Antrag, aber die Wirtschaft verträge auf die Dauer derartige Steuerleistungen nicht. Aus dem Defizit komme man nur heraus, wenn es gelinge, eine Staatsanleihe zu bekommen. Aus Einnahmen könne nicht alles gedeckt werden. — Die Wirtschaft (Hansel) macht die Zustimmung zu der Vorlage von der Bedingung abhängig, daß recht viele Senatoren und höhere Beamte abgebaut werden. — Senator Löwig betont, es werde auf Erhöhung Steuern durch Reichsüberweisung gerechnet. An neue oder erhöhte Steuern denke der Senat nicht. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Kampf um die Gemeinschaftsschule.

Errichtung einer Gemeinschaftsschule. — Fr. Kolke (Wirtsh.) ist grundsätzlich gegen die Errichtung der neuen Schule, deren Programm noch unklar sei. Die Mittel würden hier sehr freigelegt werden. Man werde künftig auch für die Volksschule das gleiche verlangen. Eine Wiederholung der Aufstellung und Zulassung der Kinder in der Volksschule dürfte nicht wieder vorkommen. Die Vorlage komme viel zu spät an die Bürgerliste. Die Rednerin fordert Kommissionsberatung. — Senator Löwig erwidert, dem Antrag von Fr. Kolke nicht zu folgen. Es soll hier auf dem Gebiete des Volksschulwesens der Versuch gemacht werden, etwas Neues zu schaffen, der in anderen Städten bereits mit Erfolg erprobt wurde. Die späte Einbringung der Vorlage habe an der Schwierigkeit gelegen, passende Schulräume zu schaffen. Starke prinzipielle Bedenken habe Fr. Kolke nicht vorbringen können. Die geforderte Summe sei von nicht sehr großer Bedeutung, für eine zweckmäßige Ausgestaltung der Schule aber notwendig. Die Eltern wollten endlich Gewißheit haben, ob die Schule errichtet werde. Im weiteren kommt Senator Löwig auf einen Vorwurf des Bürgervereins zurück, der über die Schulabfertigung zu sprechen. Eine Prüfung habe ergeben, daß bis auf die 1. St.-Lorenz-Kinderkategorie alle Voreinrichtungen intakt seien und man von einer Verrottung nicht sprechen könne. — Schulrat Hegd erwidert um Annahme der Vorlage. Die Bedenken der Bürgerliste seien sich dahin auslegend, daß sich niemals alle Wünsche der Lehrer einig sind. Das Wesen der Schule wurde in der Presse genügend erläutert. Im Gegensatz zu der Behauptung, daß die Gemeinschaftsschule keine Ziele habe, sei zu betonen, daß die Volksschulziele auch für die Gemeinschaftsschule gelten. Erwünscht sei, daß diese Schule zwei Ziele habe, das sei später vorgezogen. Die angestrebten Lehrmittel seien zu beschaffen, wie sie bei einer zeitgemäßen Ausstattung einer Volksschule notwendig seien. Auch in Bezug auf die Besetzung der Lehrkräfte bestanden keine Bedenken. Umfassungen wie in den letzten Jahren, die durch verschiedene Verhältnisse bedingt waren, seien ausgeschlossen. Die bisherigen Anmeldungen für die Gemeinschaftsschule konnten natürlich nur vorläufige sein. Der Besuch der Schule ist freiwillig, hinter ihr steht, um diesen Versuch zu machen. — Fr. Knecht (Hem.) erklärt, ihre Fraktion begrüße die Errichtung der Gemeinschaftsschule, deren Ergebnisse auch den anderen Schulen zum Nutzen sei. Zu wünschen wäre die Errichtung einer 6. Stufe, für die über 60 Anmeldungen vorliegen. Rechtskosten würden dadurch nicht entstehen. Die Rednerin fragt, ob die Bürgerliste bald

einen Gelehtentwurf über die Selbstverwaltung der Schulen erwarten könne. — Schmidt (Komm.) fordert Einfluß der Eltern auf den Lehrstoff und Wahl der Lehrer durch die Eltern. Der Redner stellt einen Antrag, nach dem der Unterricht nach der Klassenlage der Eltern zu erfolgen habe und ein Schülerat von den über 10 Jahre alten Schülern gewählt werden soll. — Dr. Fintz (Wirtsh.) spricht gegen die Vorlage, da der Versuch auf Kosten der Kinder gehe. — Senator Löwig bestreitet dies. Die Schule habe sich in Hamburg sehr gut bewährt. Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens würden manche Versuche gemacht, die sich nachher bewährt haben. Warum soll das hier nicht möglich sein? Die Vorlage entspricht dem Wunsch der Eltern, der Lehrer und des Senats. Der kommunistische Antrag ist unnahbar und undurchführbar. Der Entwurf über die Selbstverwaltung der Schulen wird demnach die Bürgerliste wieder beschäftigen.

Zander (Soz.) lehnt es ab, sich mit Fr. Kolke über diese Frage auseinanderzusetzen und verweist auf die ausführliche Begründung der Vorlage über die äußere Form. Die innere Form der Gemeinschaftsschule sei gegenüber der Volksschule völlig neu. Diese beruhe auf einem veralteten Bildungsbegriff, der die Bildung als Summe von Einzelkenntnissen aufbaue. Bei der Gemeinschaftsschule trete in allen Fragen des Unterrichts nicht der Stoff und Wissen in den Vordergrund, sondern die Arbeit des Kindes. An Stelle der Versuche trete die Arbeitsschule, an Stelle des früheren passiven Aufnehmens das selbsttätige Schaffen des Kindes nach größtmöglicher Eigenart. Darüber hinaus werde die soziale Kraft des Kindes in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft ausgebildet. Das planlose Arbeiten soll in planvolles für einander übergeleitet werden. Die Arbeit des einzelnen Schülers soll bewußt an die Lösung der Frage treten, so daß jeder bewußt zur Lösung beitragen kann und Schwache beraten werden können. Es wird eine Schulgemeinschaft, um die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu pflegen. Weitergehende Selbstverwaltung dieser Schule muß natürlich gewährt werden und ist zugesichert worden. Weiter ist eine weitgehende arbeits- und opferfreudige Elterngemeinschaft nötig, die der Schule guten Willen und Verständnis entgegenbringt. Eltern, Lehrer und Schüler werden oft zusammenkommen müssen. Zu den Anträgen der Kommunisten bemerkt der Redner, daß sie reichlich utopisch seien. Sonderbar sei es, daß der kommunistische Vertreter im Unterrichtsausschuss diese Anträge nicht vorgebracht hätten. Für diese Schule sei viel Vorarbeit geleistet worden. Sie werde auf neuerlicher Grundlage errichtet. Nachdem die Selbstverwaltung der Schulen drei Jahre im Ausschuss begraben worden sei, dürfe man die Gemeinschaftsschule nicht dem gleichen Schicksal überliefern. (Bravo! bei den Soz.)

Fr. Kolke (Wirtsh.) wiederholt ihre Einwände. — **Lewe (Wirtsh.)** erklärt, die Angaben über den schlechten Zustand der Brauereikeller in den Schulen seien ihm von Lehrern zugegangen. Er habe erst später die Anlagen besichtigt und zwei davon nicht gut befunden, d. h. sie seien lange nicht benutzt worden. Nachdem er die Marquardschule und eine andere besichtigt, habe er davon abgesehen, auch die Anlagen in den anderen Schulen nachzugehen. — Senator Löwig betont demgegenüber, daß in der Marquardschule so wenig wie in anderen Mittelschulen eine Voreinrichtung vorhanden sei. Das Bauamt habe festgestellt, daß nur in der 1. St.-Lorenz-Schule die Einrichtung nicht in Ordnung gewesen sei, was durch die Kriegs- und Inflationszeit nicht geändert werden konnte. Die falsche Anlage eines Kessels könne man doch der Oberbehörde nicht zum Vorwurf machen. —

Kopenhagen (Soz.) erkundigt sich nach dem Plan einer Turnhalle in Moising. Für 400 Schulkinder sei nicht einmal eine Turnhalle vorhanden.

Die Senatsvorlage wird mit dem Zusatz von Fr. Knecht (6 Stufen) mit einfacher Mehrheit angenommen. Die Anträge Schmidt (Komm.) werden abgelehnt.

Ertrag eines vierten Nachtrages zum Ruhelohngesetz für die öffentlichen Staats- und Gemeinbediensteten vom 23. November 1921; mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege. — **Passarge (Soz.)** gibt Auskunft über die Ausschussberatung. Der Ausschuss sei zu der Überzeugung gekommen, daß eine Veränderung stattfinden müsse. Danach hätten Verhandlungen mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Gemeinschaft mit dem Senat stattgefunden. Jetzt habe man beschlossen, für männliche Personen 40, für weibliche 24 Mk. auszuweisen. Die Bürgerliste solle dem Beschlusse zustimmen. Der Redner ersucht ferner, den Antrag betr. die Staatsangestellten endlich aus der Versetzung herauszuheben. — Senator Hoff: Der Senat wird dem Beschlusse zustimmen. Die Vorlage über die Angestellten ist seit 1 1/2 Jahren fertig. Die Inflation hinderte aber die Erledigung. Eine Vorlage wird bald der Bürgerliste zu gehen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Mittel für den Ausbau der Erholungsstätte und Waldschule Wesloe. — Mittel für die Errichtung eines Kindererholungsheims im Rauerholz. — **Lann (Komm.)** spricht gegen die Vorlage. Man bause die Fürsorge ab und übergebe sie privaten Kräften, die mit Staatsmitteln arbeiten und die Kinder dem Klassenstaat gefügig machen. Das Rote Kreuz habe im Kriege bewußt im Dienste der Durchhaltepolitik gestanden. Der Vorlage 13 werde seine Fraktion zustimmen. Die proletarischen Organisationen müßten Staatsmittel für die Fürsorge erhalten. So auch das Kinderheim Sonne. Das Essen der Armenbehörde und der Zentrale für private Fürsorge sei nicht auf das Wachstum der Kinder zugeschnitten. — **Haut (Soz.)** beantragt, beide Vorlagen dem Ausschuss für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege zu übergeben, ebenso den Antrag betr. das Kinderheim Sonne. Notwendig sei es, einmal nachzuprüfen, ob die Art und Weise, wie die Bürgerliste heute derartige Mittel bewilligt, richtig sei. Das Jugendamt müsse Bericht erstatten, wie die Mittel am zweckmäßigsten in einer Position zusammengefaßt und bewilligt werden können. Es gehe nicht an, daß der Staat die Mittel aus der Hand gebe und in das Eigentum anderer Vereine überführe. Wollte er wieder etwas haben, komme er vor verschlossenen Türen. — Der Antrag Haut wird angenommen.

Sozialdemokratischer Antrag für die Erwerbslosen.

Angenommen wird folgender Antrag **Bruns** und **Gen.:** Die Bürgerliste ersucht den Senat, die Arbeitsbehörde anzuweisen beim Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises dahin zu wirken, daß

1. Erwerbslose, die aus der Erwerbslosenfürsorge ausscheiden, in ihrer letzten Unterhaltungswohne einen Antrag auf Notstandsarbeit stellen können. Diesen Anträgen ist von der Erwerbslosenfürsorge in der Form zu entsprechen, daß letzter Unterbrechung in der Unterhaltung eintreift.
2. Notstandsarbeiter, deren vom Arbeitsamt festgesetzte Arbeitswochen ablaufen, können in ihrer letzten Arbeitswohne einen Antrag auf weitere Zuweisung von Notstandsarbeiten stellen. Diesen Anträgen ist weitgehendst zu entsprechen.

Schluss 10 Uhr.

Amstlicher Teil

Forstrevier Israelshof Bezirk Schwintende

Holzverkauf

am Freitag, dem 6. Februar 1925,
ab 10 Uhr vorm. in der Gemarkung
von Schwarz, Dissen

Holz Nr. 1-360

44 rm Eichen- und Weiden-Hölzer, 2 m lang;
736 rm Eichen-Stangen I.-VI. Kl.: 1 m
Buchen-Hölzer; 24 rm Buchen-Hölzer;
7 rm Eichen-Klutt u. Knüttel; 235 rm
Buchen-Klutt u. Knüttel; 26 rm Eichen-
Klutt u. Knüttel; 40 rm Birken u. Eichen-
Knüttel; 2 rm Eichen-Knüttel; 155 qm
Laubholz-Busch.

Stämme werden nicht ausgegeben, Auskunft erteilt
Revierförster Lucas, Schwintende.

Waldhausen, im Februar 1925

1674) Der Revierförster

1689 Forstrevier Israelshof.

Holzverkauf

am Mittwoch, dem 4. Februar 1925, in der
Forsthalle zu Israelshof.

Ab 10 Uhr vorm.

Bezirk Alt-Landerhof:

Forstort Buchenberg, Holz Nr. 1801-1913.
18 rm Eichen-Klutt u. Knüttel; 2 qm Eichen-
busch; 2 rm Buchen-Klutt, 1 m lang, von 18 cm
Durchm. aufw.; 185 rm Buchen-Klutt u. Knüttel;
36 qm Buchenbusch.

Forstort Buchenberg, Holz Nr. 5199-5267.
11 rm Buchen-Klutt, 1 m lang, v. 13 cm Durchm.
aufw.; 65 rm Buchen-Klutt u. Knüttel; 21 qm
Buchenbusch; 1 rm Eichen-Klutt; 14 rm Eichen-
Klutt; 6 qm Eichenbusch.

Forstort Steinberg, (Arenweg - Raiter-
eiche) Holz Nr. 1920-1972.

2 rm Eichen-Klutt, 1 m lang, v. 18 cm Durchm.
aufw.; 6 rm Eichen-Klutt; 10 rm Buchen-Klutt,
1 m lang, von 18 cm Durchm. aufw.; 80 rm
Buchen-Klutt u. Knüttel; 15 qm Buchenbusch.

Ab 3 Uhr nachm.

Bezirk Alt-Landerhof:

Forstort Steinberg, (Arenweg - Raiter-
eiche) Holz Nr. 5061-5195.

3 rm Eichen-Klutt; 7 rm Eichen-Klutt, 1 m
lang, von 18 cm Durchm. aufw.; 3 rm Eichen-
Klutt, 1 m lang, von 18 cm Durchm. aufw.;
65 rm Eichen-Klutt u. Knüttel; 4 qm Eichen-
busch; 40 rm Buchen-Klutt, 1 m lang, von 18 cm
Durchm. aufw.; 27 rm Buchen-Klutt u. Knüttel;
43 qm Buchenbusch.

Bezirk Wesloe:

Forstort Schmarin, Holz Nr. 2281-2310
und 2311-2324

ca. 12 rm Eichen- und Buchen-Klutt u. Knüttel;
16 qm Eichen- und Buchenbusch; 14 Eichen-
Klutt u. Knüttel, 6-8 m lang, 23-27 cm Durchm.
Dieser Verkauf wird ausgegeben. Auskunft durch die
Forstrevier Israelshof, Raiterhof u. Wesloe.

Waldhausen, im Januar 1925. Der Revierförster.

Extra- Preise

für Damen-Konfektion

Kleider	aus gutem kunstseidenen Trikot in vielen schönen Farben, flotte Form.	12 ⁵⁰
Kleider	aus prima gestr. Serge, mit reizender Knopfgarnitur, Lackgürtel, Bubikrag.	19 ⁷⁵
Kleider	prima Velvet, jugendliche Form, in verschiedenen Ausführungen...	22 ⁵⁰
Kleider	aus pa. schott. Velour od. Gabardine, moderne Kasackform, langer Arm....	32 ⁵⁰
Mäntel	aus Stoffen engl. Art u. Donegal, weitgeschnitten, mit und ohne Gürtel, 8.50	7 ⁹⁰
Mäntel	aus Eskimo u. Flaussch, viele Farben, reiche Biesengarnitur u. gepasp. 16.75	11 ⁵⁰
Mäntel	aus Velour de laine, aparte Biesenstepperei, in vielen Formen....	19 ⁷⁵
Mäntel	aus reinwoll. Velour da laine, elegante Ausführung, halb auf Foulardine, 88.-	34 ⁷⁵
Kostüme	aus reinwoll. Gabardine u. Cheviot, reiche Tressen- u. Knopfgarn. 27.75	19 ⁷⁵
Kostüme	aus Ia. Gabardine und Ripvelour, mod. Form, ganz auf Duchesse 49.-	29 ⁵⁰
Röcke	aus guten Strapazierstoffen, mit aparter seitlicher Knopfgarnitur.....	4 ⁹⁵
Röcke	aus reinwollenem Cheviot, mit eleganter Tressen- und Knopfverzierung.....	4 ⁷⁵
Blusen	aus buntem Waschmusselin u. Velour, Kasackform.....	3 ⁹⁵
Blusen	aus buntem kunstseidenen Trikot, Kasackform.....	6 ⁷⁵
Kinderkleider	aus reinwollen. Cheviot und kariertem Velour, 5.75 mit Lacettebandstepperei u. Krawattengarnierung, Größe 60	4 ⁷⁵

Karstadt

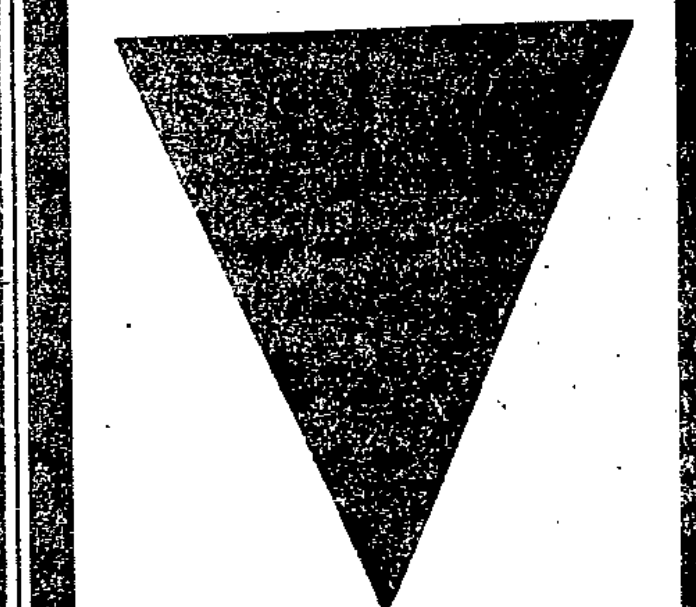
Forstrevier Falttenhufen u. Strednib Holzverkauf

am Dienstag, d. 10. Februar 1925, vormittags
10 Uhr, im "Weißen Engel", Ragerburger Allee.
400 Fichtenstangen I.-III. Kl., 700 Fichten-
stangen IV.-V. Kl., Baumföhle, Bohnen-
stangen, 600 Kiefern-Schlechte II.-III. Kl.,
1900 Kiefern-Baumföhle und Bohnenstangen,
123 rm Kiefern-Knüttel, 55 qm Kiefern-Busch.
Verzeichnisse ab 5. Febr. beim Holzwerk Hafe-
mann in Falttenhufen und im Verkaufsfatal.
Am Auktionstag keine Abfuhr. (1698)
Lübeck, im Februar 1925.
Die Vorkreierschaft des Heil. Geist-Hospital.

Nichtamtlicher Teil

Fledermaus

Sonnabend, 7. Februar:



Maskenball

1895 — Karneval in Nizza —
Maskenfreiheit!
Es tut sich was!

Kriegervereinsgeist.

Statt Reichsbanner Stahlhelm und große Freije.
Er ist sich überall gleich. Aller preussischer Untertanenverstand mit angeborener Euth, den Kommissar als das schönste Lebensereignis zu preisen. Man holt von Zeit zu Zeit die Blätter heraus und ziert seine stammende Brust mit Ordensbehang. Hin und wieder darf man einem General die Hand drücken. Der verspricht dafür, nicht eher ins Grab zu steigen, bis der höchste Kriegsherr wieder die Krone aufs Haupt gestülpt bekommt. Verböhrt und geistesarm sind sie nun einmal, die Militaristen von ehedem. Mitunter auch mutig oder frech. Wie man's nimmt. Soldatenpieler aber geht ihnen über alles. Sie sind so konsequent in ihrem künstlich anezogenen Kommissgeist, daß sie nichts anderes im Zeitelauf wahrnehmen. Als besonderes großes Greuel betrachten sie das Reichsbanner. Vor einiger Zeit wurde ja auch im Lübecker Kriegerverein, der Dumme sucht, die ihm die Villa auf dem Burgfeld bezahlen sollen, ein Gemerz gegen demokratische Reichsbannerleute abgehalten. Das Vorgehen scheint von oben angeordnet zu sein. Man sieht jetzt da und dort ehrwürdigen Kriegervereinsgeist aufstehen. So erstreckt der Pinneberger Kampfgemeinschaften- und Kriegerverein ein Rundschreiben, in dem er seine politische Neutralität bekundet und behauptet, hinter der verfassungsmäßigen Regierung zu stehen. Aber — so heißt es weiter — er

betrachtet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als eine staatsgefährdende internationale Organisation und kann daher nicht dulden, daß auch nur einer seiner Kameraden dieser Organisation nahesteht oder angehört. Wir fordern darum auf, aus dieser auszutreten oder aber unsere Fahne zu verlassen. Dagegen unterstützen wir jede staatsverehaltende Organisation, sei es Stahlhelm, Niedersachsenring usw. Unserer Jugend empfehlen wir dringend, zur körperlichen Erleichterung dem Turnverein „Union“ sowie dem „Jungstahlhelm“ beizutreten, da sie in diesen den besten Ersatz für unsere alte zum zehnte Wehrmacht finden. Die Führer des „Jungstahlhelms“ bieten uns Gewähr, daß unsere heranwachsenden Söhne dort zu aufrechten, wehrhaften, deutschen Männern erzogen werden.

Und der Bund der Mienkämpfer in Hamburg empfiehlt die Einrückung der Schießtage in Warmbad. Da der Feindbund das Volk wehrlos mache und von Staats wegen nichts gelassen dürfe, unser Volk wehrhaft zu erhalten, müsse die private Initiative eingreifen.

So sieht der Kriegervereinsgeist aus. Kolossal borniert und dumm und staatsgefährdend obendrein. Wenn man die Harmlosigkeit so mancher Schreiers nicht kennen würde, man könnte wirklich glauben, sie brannten darauf, morgen den Schießprügel in die Hand zu nehmen und privatim loszugehen. Na ja, es gab ja im Weltkrieg für so manchen Helden eine zugräftige Reklamation und ein weites Schlappenfeld. Mittlerweile sind die Kämpfer auch älter geworden und können einem neuen Norden zusehen. Wenn nur die verfluchten Giftgase nicht wären, die den Begeisterten unvorhofft die Lunge zerstören könnten.

Genossenschaftliche Vertreterversammlung.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. hatte zum Sonntag eine Vertreterversammlung einberufen. Sie wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn W. A. n. k. e., um 1 Uhr mittags eröffnet. Für den krankheitshalber verhinderten Geschäftsführer Henze gab Geschäftsführer John zunächst den Jahresbericht. Er führte kurz folgendes aus:

Ein Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr und eine genaue Durchsicht des jedem Mitgliede vorliegenden gedruckten Geschäftsberichtes ergibt, daß in dem verfloßenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der Inflationszeit und der sich daraus ergebenden außerordentlichen schwierigen Verhältnisse in der Geschäftsführung mit Bestreitung festzustellen ist, daß unser Ver-

ein im Gegensatz zu manch anderem größeren Wirtschaftsunternehmen nicht nur das bisher in mühevoller 20jähriger Arbeit Errungene erhalten hat, sondern daß außerdem eine Weiterentwicklung unseres Vereins nach mancher Richtung hin zu verzeichnen ist. Geschäftsführer John geht dann in großen Umrissen auf die allgemeinen weltwirtschaftlichen Verhältnisse ein, bespricht insbesondere die Handelsbilanzen einzelner Länder und verweist im Zusammenhang auf die Bedeutung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Nachdem er sich noch kurz zu den Kontrollmaßnahmen des Vereins, sowie zur Frage des 6-Uhr-Ladenschlusses und 8-Stunden-Tages geäußert hatte, schloß er den Geschäftsbericht in der Hoffnung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands weiter gefestigt werden und dadurch eine weitere günstige Entwicklung des Vereins zu erwarten steht.

Anschließend an den Geschäftsbericht gab Geschäftsführer Jaedkat Erläuterungen zu der im Geschäftsbericht mit abgedruckter Bilanz per 30. September 1924. Hierauf wurde über beide Berichte in die Diskussion eingetreten. Nach umfangreicher Aussprache, in der besonders die Genossen Brauer-Siems, Haut-Lübeck und Hauschild-Karlshof sich über verschiedene Punkte zum Geschäftsbericht geäußert hatten, konnte der Geschäftsführer John der Debatte am besonders zum Ausdruck, daß die Mitglieder des Vereins die Verwaltung bei den Bestrebungen unterstützen werden, die sie zur Wiedereinführung des 6-Uhr-Ladenschlusses unternehmen wird.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde die Bilanz genehmigt und der Verwaltung Entlastung erteilt. Es wurde beschlossen, die Erbringung dem Reservefonds zuzuschreiben. Dem Vorschlag des Vorstandes entsprechend werden an die Mitglieder 2 Proz. Rückvergütung gezahlt bzw. gutgeschrieben.

Die Wahlen zum Aufsichtsrat ergaben die Wiederwahl der auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Bruhn, Feig und

Die darauffhin vom Vorstande zur Genehmigung vorgeschlagenen folgenden aufgeführten Bauprojekte wurden von der

Versammlung einstimmig mit der Maßgabe genehmigt, daß Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam darüber zu entscheiden haben, in welchem Umfang und in welchem Zeitabschnitt die Finanzlage des Vereins die Durchführung der Bauprojekte zuläßt. Es sind geplant:

1. Bau einer Autogarage für 20 Kraftwagen mit Auf-entlastungsräumen für die Chauffeure, sowie Werkstätten;
2. Bau eines neuen Geschäftshauses in Grevesmühlen;
3. Bau eines neuen Geschäftshauses auf dem Grundstück der Zentrale Hanfsäcke 180, enthaltend eine Warenabgabestelle, eine Abgabestelle für Fleischwaren, sowie eine solche für Bädereierwaren. Hierbei ist vorgesehen eine Anzahl Wohnungen mit einzubauen;
4. Durchführung des bereits im vorigen Jahre geplanten Neubaus einer Abgabestelle in Siems;

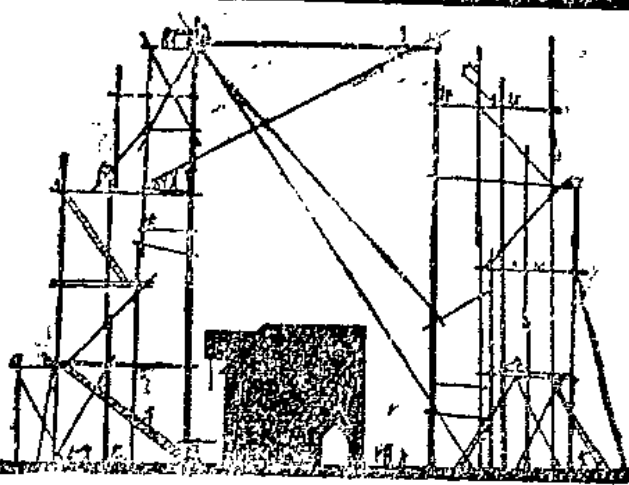
Als Delegierter zum Untervorstandstag nach Bremen wurde Brauer-Siems und als Delegierter zum Verbandstag in Stettin Haut-Lübeck gewählt. Einige genossenschaftliche Anfragen wurden kurz von Mitgliedern des Aufsichtsrats und Vorstandes beantwortet.

Nachdem der Sekretär Göhr über Neuerungen in der Feuerversicherung berichtet hatte, wurde die Versammlung um 5 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Während das Hochdruckgebiet über dem mittleren Europa im wesentlichen wenig Veränderung erfahren, im Osten sich sogar noch etwas gekräftigt hat, ist von Schottland her ein Ausläufer der tiefen isländischen Depression schnell nach der nördlichen Nordsee vorgedrungen und erzeugt dort sehr starken Barometerfall und an der norwegischen Küste bei Bergen heftigen Sturm. Ueber Island und Irland steigt nun der Luftdruck bereits wieder.

Vorhersage für den 3. und 4. Februar 1925
Weist mäßig, streichweise etwas Regen, mild, etwas böige, westliche Winde.



Sie sparen sogar

wenn Sie **Bau-Bons** kaufen,

denn dieselben sind zum doppelten Be-

trage bei Karstadt A.-G. einlösbar. Ein

Gutschein kostet 1 Mark. Er besteht aus

8 Abschnitten, von denen jeder bei je vollen

5 Mark Einkauf mit 25 Pfg. eingelöst wird. Der ganze Gutschein

wird also 8 x 25 Pfg. = 2 Mark bei Karstadt in Zahlung genommen.

Bau-Bons werden bis zum 31. März ausgegeben. Sie sind jederzeit

bis 30. April 1925 einlösbar. Erhältlich bei allen Kassen des Kauf-

hauses Karstadt A.-G. und in der Geschäftsstelle der Nordischen Ge-

fellschaft, Breite Straße 12, I.

(1739)

Paul Gassmann
SPORTHAUS
Lübeck, Breitestr. 83
1696

Mein Grundsatz: »Gute Qualitäten, billige Preise!«

Schlüpfer für Herren

34.50

Gummi-Mäntel für Damen und Herren

24.50

Sport-Anzüge für Herren, mit Breecheshose

36.00

Windjacken für Herren

14.00

Lederjoppen, Ledermäntel, Lederbreecheshosen schwarz und braun in großer Auswahl!

Sämtliche Sportbekleidungen und Geräte

Vom 2.-7. Februar finden Sie in meiner

1700

Reklame-Woche

alle Artikel schlagend billig

Nicht herabgesetzte Ware mit 10 % Rabatt

Textilhaus Rohweder Huxstr. 63-65

Verkäufer zahlt 100 Wif. wenn „Niesolda“ nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf, Füll, Kleider, Fische (Wur) verliert. Keine Wange mehr oft bei einmaliger Anwendung von „Niesolda“. Verkauf nur Regienstraße 4 (1664)

Don Rotoriff

und seine physikalischen Grundlagen

Mit 44 Abbildungen im Textteil und auf 7 Tafeln

Preis 1.80 RM.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannstraße 46

Billiges Angebot!

Speisezimmer, Herrenzimmer, echte u. lackierte Schlafzimmer, lackierte und gestrichene Küchen, Sofas, Chaiselongues, Kleiderchränke, Vertikals und Tische. Kompl. Wohnstuben in großer Auswahl.

Günstige Teilzahlung 1778

Bernhard Lux

Gegr. 1882 — Tel. 2418

Möbelhäuser Marlesgrube 49-51

Denke daran!

nur „Schwan im Blauband“ sollst du bringen, die Feinkostmargarine mit dem vorzüglichen Aroma und Geschmack, die auch so gut zum Kochen und Braten ist.

Sie kostet 50 Pfg. das Halbpfund in der bekannten Originalpackung



Schwan im Blauband

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

(1681)

Guterh. Herd zu kaufen
geucht. Ang. m. Pr. unt.
u 735 a. d. Gyp.

Zu kauf. gef. Flurgard.
geib. Bür. Kleiderstanz
Ang. u. D 732 a. d. C. 1676

Damen-Maskenstium
billig zu vermieten. (1681)
Dankwartstraße 4, pt.

Knaben-Garderoben u.
Konf. mandenkleider m.
billig u. gut angefertigt.
1673 Krons. Allee 33a, II.

Gebrauche Ata

Ata

- und im Haus siehst's
stets bei dir wie Sonntag aus!

(ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel)

(1671)

WILLI OLDHOF
ERNA OLDHOF
geb. Havemann
Vermählte
Lübeck, 31. Januar 1925.
Für die überaus zahlreichen
Aufmerksamkeiten danken
herzlichst. (1880) D. O.

Nach schwerer Krank-
heit starb Freitag
meine liebe Tochter,
Schwester, Schwä-
gerin und Tante
Herta Malottki
geb. Thiel
Familie Thiel
Gustav Malottki
Johannisstr. 29
Beerd. Freitag, 2 1/2
Uhr, Vorwerk
Friedhof (1707)

Nach längerem
Leiden entschlief am
Sonntag nachmitt.
unser lieber Sohn
und Bruder (1716)
Otto Leuzow
im 25. Lebensjahre.
In tief. Trauer
Johann Leuzow
u. Frau.
Beerdigung Don-
nerstag, d. 5. Febr.,
3 Uhr nachmittags,
Kapelle Vorwerk.

Verband der
Lebensmittel- und
Getränke-Arbeiter
Ordnung Verwaltung
Lübeck
Nachruf!
Am Sonntag,
dem 31. Jan., starb
unser langjäh. Mit-
glied, der Maschinist
Heinr. Stegemann
im Alter von 69
Jahren. Wir werden
demselben ein ehr-
endes Andenken be-
wahren. (1691)
Die Beerdigung
findet am Mittwo-
ch, dem 4. Febr., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, in
Vorwerk statt.
Die Kolleg. treffen
sich 3 Uhr im Feld-
zug.
Der Vorstand

Dankagung.
Für die innige Teil-
nahme beim Heimzuge
unseres l. Enkelsohns
lagen wir allen Freunden
und Bekannten, besond.
Herrn Pastor Beckemeier
f. seine prächtigen Worte
unser tiefgefühlter Dank
1070 **Familie Beck**
Familie Reimers.
Glt. abgegl. 2-3-13.
(Glt.), g. d. Goltent.-H.
zu tauch. Ang. u. D 734
a. d. Gyp. d. Bl. (1655)

Gledermanns
Das stimmungsvolle
**Fasching-
Programm!**
Lachen ohne Ende!
Tanz 1094
Biere und Weine
Morgen Mittwoch:
Heiterer Familienabend

Café „Vaterland“
Täglich auch nachmittags
Konzert
der ersten Wiener Sängergesellschaft
Kapellmeister: Newdor Angell 1657
Ges. des 19. Goldpfg., Schützstr. 60, Kraft-
strom 27, Reiter des 15.30, heizbare Räume mit
Leitung 27, ohne Leitung 10 Goldpfg. (1686)

Zu Punkt 1

unseres Briefes vom 1. Februar.

„Die vielen Anfragen von Seiten unserer geschätzten
Kundschaft, wann unsere »Weiße Woche« beginnt, können wir
heute dahingehend beantworten, daß es voraussichtlich
möglich sein wird, diese am nächsten Sonntag zu er-
öffnen.“

Es lohnt sich also, Ihre Einkäufe für die „Weiße
Woche“ bis dahin aufzuschieben; es kann nur Ihr
Vorteil sein. **Eröffnung demnächst!**

Karstadt A.G.

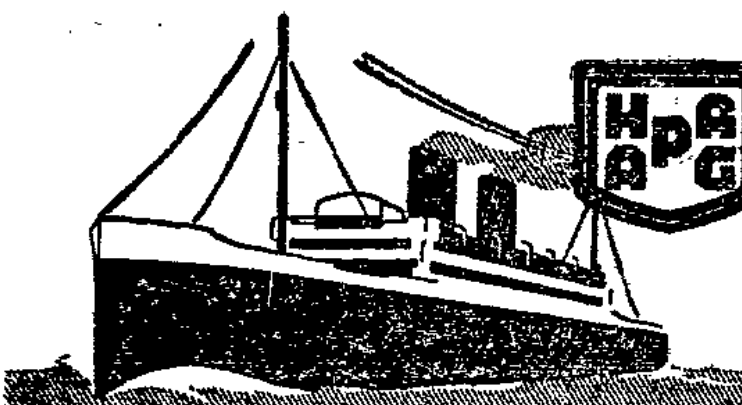
Anna Blume.
Dichtungen
von Kurt Schwitters.
Preis brosch. 1.50 M.
Für alle Freunde guter
Satyrit.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46.

Bücher
von
Hans Reimann
dem unverwundlichen
jüdischen
Humoristen
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Die Welt ums Jahr 2000!
Die Todgeweihten
Robernes Drama in 6 Akten mit
Bernd Alder, Sascha Gura, Erich
Kaiser-Titz, Maria Zelenka,
Eugen Rex
Wir sehen
Entfesselte Gewalten
in sensationellen, wunderbar gelungenen
Aufnahmen, wie durch Anwendung ge-
waltiger Energie-Mengen fabelhafte Fern-
wirkungen erzielt werden.
Die Schneemassen auf dem Gipfel der
Berge werden zum Schmelzen ge-
bracht, ganze Felspartien zerstört!
Eisenbahnbrücken schmelzen, als wären
es Bleirohre:
Große Fabrikanlagen werden in einer
Stunde zerstört:
Telegraphenverbindungen zerreißen wie
Drahtseile!
Gewaltige Flugzeuggeschwader werden
heruntergeholt!

Sensation! Sensation!
Die moderne Kuppelbahn in
voller Fahrt wird im letzten Augen-
blick vor dem Wagnis angehalten!
**Der Dornenweg
zum Glück**
Ein Mädchenstück
in 6 ergreifenden Akten (1718)

Fatty im Damenbad
Amerikanische Groteske in 3 Akten.
Spielzeit: Donnerstags 4-11 Uhr.
Sonntags 8-11 Uhr.
Beginn der Abendvorstellung 8.10 Uhr.
Ab Dienstag, den 3.-9. Februar.
**Zentral-
Theater**
Johannisstr. 25.



Nach Nord-Amerika
und **Canada**, gemeinsamer
Dienst mit United American
Lines. Hamburg-New York
etwa wöchentliche Abfahrten

Nach Süd-Amerika
(Brasilien, Argentinien, West-
küste) Cuba-Mexico, West-
indien, Afrika, Ostasien usw. in
Verbindung mit anderen Linien

Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung.
Unterbringung in Kammern in allen Klassen.
Eisenbahnfahrkarten zu Schalterpreisen. Zusammenstellbare Fahrschei-
ne für das In- und Ausland. Schlafwagenplätze, Bettkarten für deutsche
und für internationale Schlafwagen. Reisegepäckversicherung ohne Zeit-
verlust zu günstigen Bedingungen, auch für Übersee. Luftverkehr, Rund-
züge, Reklamzüge, Brief- und Paketbeförderung.

Auskünfte und Drucksaachen über Fahrpreise und Beförderungsmöglichkeit durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
Hamburg, Alsterdamm 25 und deren Vertreter an allen größeren Plätzen. In:
LUBECK: F. O. Klingström G. m. b. H.,
Mengenstraße 30, und Reisebüro der Hamburg-
Amerika-Linie, im Warenhaus Karstadt. (1662)

Kolloffm
Morgen **Ope. Boll** Ballmusik:
Mittwoch **Das verstärkte**
Richard-Wagner-Orchester
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr Inh.: H. Reck

**Deutscher
Holzarbeiter-Verb.**
Verwaltungsstelle Lübeck
(1712)
**Betriebsräte- und
Vertrauensmänner-
Versammlung**
am Mittwoch, 4. Febr.,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftsraum
Die Tagesordnung
wird in der Versamm-
lung bekannt gemacht
Jeder Betrieb noch
betreffend sein.
Die Tagesordnung

Luisenlust
Morgen Mittwoch:
Tanzkränzchen
Eintritt und Tanz frei (1718)
Sonntag, den 7. Februar:
Große Preis-Volksmasterade
Kassierung 8 Uhr 45 Min. 48 Gel.
3 Kapellen Goldpreise
Rein Kappenzug. Gr. Nebentischungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M. Ende 8 Uhr.

Batter. 19 Jahre alt
sucht Beschäftigung. Ang.
unt. D 733 an d. Gyp. (1688)
Tausche meine Stube
u. Küche geg. gleiche, (1678)
Gerade Duerstr. 2, 2 Et.
Einf. möbl. Zimmer
für ordentl. Fräulein gef.
Stadt ob. Holstent. bev.
Angeb. m. Pr. u. D 731
an d. Gyp. (1677)
Kinderklappstuhl, Kinder-
wagen, Stiefel (89), billig
zu verk. Meierstr. 21, I. (1688)
Gut erh. Kinderwagen
zu verk. (1686)
Dornestr. 5 part.
Kleiner machbarer Hund
zu verk. (1705)
Luisenstr. 8

2 Zugänger
zu verkaufen. (1699)
Stadelsdorf, Dorfstr. 38
Ein hellgr. Huhn ent-
laufen. Abzugeben
(1710) Glandorffstr. 46

Damen- u. Herrenräder
Marte „Cito“
Gebrauchte (1708)
Damenräder
billig! (1699)
Reparaturwerkstatt
mit autogen. Schweißerei
Grall, Bunsdorf

Konerven 2-Pfund-
Dosen
Jg. Schnittbohnen 95.4
Jg. Bohnen 95.4
Jg. Spinat . . . 75.4
Jg. Grünkohl . . 60.4
Jg. Rotkohl . . 60.4
Steinpilze . . . 195.4
Pfefferlinge . . 160.4
Gemüseerbsen . . 55.4
Jg. Erbsen . . . 75.4
Karotten, gelb. 55.4
Gauertohl 10.4
Gelb. Erbsen 17.20.4
geschälte 30.4
Gr. Erbsen 20.24.4
geschälte 45.4
Weiße Bohnen 26.4
Linsen . . . 15.4
Süßerfütter . . 15.4
Margarine . . 60.4
Margarine 100.4
Kaufhaus . . 40.4
von **Häner & Co.**
Pfund 45.4 (1677)
Friedr. Trosiener
Mühlstr. 87 Tel. 215

Dr. Geenij
in memoriam
Friedr. August v. Sachse
Anelboten
Preis M. 1.50

Gschl. Miniaturen
Band 1 und 2
je M. 1.50
Artur Sünder
**Die Dinte
wider das Blut**
30. wüßgewordene und
vermählte Auflage
Preis M. 1.—
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband**
Jugend-Sektion
**Funktionär-
und Mitarbeiter-
Versammlung**
am Donnerstag, 5. Febr.,
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftsraum:
Vortrag des Rolf Knapp
Zahlreiches Erscheinen
erwartet (1701)
Der Jugendleiter.

Stadttheater Lübeck
Dienstags, 7.80 Uhr:
Lebensballade
Mittwochs, 6.80 Uhr:
Tristan und Isolde
Donnerstags, 7.80 Uhr:
Königskinder
Freitag, 7.80 Uhr:
**Der Widerspen-
stigen Zähmung**

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 3. Februar.

Februar.

Was bedeutet „Hornung“?

Wenn er auch noch so stürmisch und kalt ins Land zieht, so bringt uns der Februar doch mit jedem Tag dem Frühling näher. Das fühlen wir auch, denn eine volle Stunde länger als am 21. Dezember steht jetzt schon die Sonne am Himmel, als schönstes und deutlichstes Zeichen, daß der Winter sich nun zum Sterben rüsten muß. Also viele warmen Sonnentage soll der Februar allerdings auch nicht bringen, weil der März dann oft um so kälter wird. Wenn im März die Ohren wärmen, sagt deshalb auch das alte Sprichwort, und die Erfahrung hat denn auch noch immer gezeigt, daß es recht hat.

Warum man den Februar in früherer Zeit „Hornung“ nannte, ist übrigens eine Frage, deren Lösung die Forscher merkwürdigerweise in die verschiedensten Lager gespalten hat. Die Herleitung des Wortes Hornung aus dem althochdeutschen „horo“, das Schmutz oder Rot bedeutet, so daß der Hornung der „Rotmonat“ wäre, haben einige Forscher bestritten, wie auch die Deutung, daß weil im Februar die Hirsche ihre Hörner abwerfen, der Monat den Namen Hornung erhalten habe. Ebenso wenig soll das Wort Hornung auf die in manchen Gegenden übliche Sitte der Hirten, alljährlich im Februar den Kindern die spitzen Hörner abzuseilen, zurückzuführen sein oder gar auf den altheimischen Brauch des Jehens aus großen Trinfhörnern.

Eher verständlich erscheint dagegen die Erklärung Jakob Grimms, der das Wort Hornung als „kleines Horn“ deutet zum Unterschied vom Januar, der „großes Horn“ genannt wird, eine Bezeichnung, die man aus dem altnordischen „hiarn“, d. h. hartgefrorener Schnee, herleitet. Andererseits bedeutet das Wort „hornung“ im Altnordischen: beraubt oder verkürzt sein, wonach man wiederum auf die Verkürzung des Februars um zwei bis drei Tage den anderen Monaten gegenüber schließen könnte. In Erklärungen für die Herleitung des feststehenden Wortes, das schon Karl der Große als Bezeichnung für den Februar einführt, fehlt es also wirklich nicht.

Wie im Januar, so bietet die Fischerei auch im Februar die besten Erfolge in sonnigen Mittagsstunden, in denen man mit der Angel sowohl als auch schon wieder mit dem kleinen Netz zu fischen beginnen kann. Für den Angler kommen besonders Hecht, Aal, Lachs, Karppe, Barsch und Döbel in Betracht, wogegen das Netz am vorteilhaftesten für Hechtfang zur Anwendung gelangt, da der Hecht sehr leicht und sich daher gern in der Nähe seiner Laichplätze, wie z. B. zwischen dem Ufergestrüpp und Wurzelgeflecht, aufhält, wo er dann leicht ins Netz gerät.

Der wichtigste Sonntag im Februar ist der zweite Monats- tag, der Tag Mariä Lichtmess, der Sturm und Regen bringen soll, weil dann der Frühling nicht mehr weit ist, während warmer Sonnenschein eine noch recht lange Fortdauer des Winters bedeutet. In früherer Zeit feierte man am 22. Februar, dem Tag von Petri Stuhlfeier, der auch der „Storchentag“ hieß, den Frühlingsbeginn mit allerhand lustigen Gebräuchen, bei denen Orakel- spiele der heiteren jungen Mädchen eine besondere Rolle spielten. Auf dem 24. Februar, den Mattheustag, der nach dem alten Volksglauben den letzten Schnee und das letzte Eis bringen soll, fällt in diesem Jahr der Fastnachtsdienstag, der also demnach der letzte kalte Tag dieses Winters sein sollte. Und da diesmal der Mattheustag gleichzeitig auch das Karnevalsende bringt, so kann man das alte Sprichwort:

Nach Mattheis
Geht kein Fuß mehr übers Eis!
denn auch in lustigem Sinn deuten.

M. Travemünde. Gesangsverein. Obgleich der hiesige Gesangsverein „Eiche“ seit langem einen Kampf um Mitglieder führt, haben pflichtbewusste Sangesbrüder unter Leitung ihres bewährten Dirigenten H. Dohrendorf, die Singabende wieder angelehrt. Möge es uns beschieden sein, auch auf gesanglichem Gebiete neue Freunde zu gewinnen.

Dänischburg. Einen hoch- und patriotischen Abend veranstaltete am Freitag die Ortsgruppe Dänischburg-Geest des sozialdemokratischen Vereins im Lokale des Herrn Gortz. Auf zahlreichen Besuch kann sicher gerechnet werden.

Angrenzende Gebiete.

Schwartzau-Kenjesfeld. Arbeiter-Sport-Kartell. Landestheil Lübeck-Gid. Sehr wichtige Sitzung am Mittwoch dem 4. Februar, abends 8 Uhr, bei Gauting in Kenjesfeld. Erschienen aller Delegierten ist Pflicht. Der Vorstand.

Stodelsdorf. Sozialdemokratischer Verein. Dienstag abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Dietrichsen in Jadenburg. Referent: Genosse Wolfradt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Hamburg. 2000 Mark Geldstrafe für einen Wunderdoktor. Ein junger Mann namens Ernst Julius Buchholz betreibt hier schon seit längerer Zeit seine Tätigkeit als „Diagnostiker“, das heißt, er führt seine Diagnose und Krankenbehandlung auf die Untersuchung des Haars seiner Patienten. Der Wunderdoktor hatte regen Zuspruch; täglich besuchten etwa 150 bis 400 Personen seine Sprechstunde. Das übliche Honorar betrug zwei Mark, so daß seine Einkünfte recht einträglich gewesen sein müssen. Am Anfang des vorigen Jahres kam eine Frau zu Buchholz mit Haarproben ihrer Schwiegermutter. Er erkannte nach den Angaben der Jungin sofort, daß die Kranke an einer Wunde leide. Die Frage, ob die Kranke das Krankenhaus aufsuchen solle, verneinte Buchholz mit der Bemerkung, in sechs Wochen werde sie wieder gesund sein. Als die Wunde sich aber trotz der von dem Wundermann angegebenen Behandlung verschlechterte, begab sich die alte Frau ins Krankenhaus. Hier stellte sich heraus, daß die Kranke an einem schweren Krebsartigen Geschwür litt. Das kranke Bein wurde amputiert, aber der Zustand der Patientin verschlechterte sich immer mehr und sie starb bald nach der Entlassung aus der Anstalt. Wegen dieses Falles hatte sich Buchholz wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Er wurde zu 2000 Mark Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis verurteilt. Die als Sachverständigen erschienenen Ärzte bestätigten einmütig, daß nach dem heutigen Stande der Wissenschaft, selbst bei den stärksten mikroskopischen Vergrößerungen, es unmöglich sei, aus dem Befund des menschlichen Haars auf die Existenz irgendeiner Krankheit zu schließen. Der Oberarzt eines hiesigen Krankenhauses hatte dem Buchholz einige von Leichen entnommene Haarproben zustellen lassen, aber dieser hatte die Herkunft der Haare nicht erkannt und ganz unglaubliche Diagnosen gestellt.

Uttreshed. Liebesdrama. Der in Hamburg wohnende Mechaniker Albert Hedwig, der mit einer hier wohnenden

Frau ein Liebesverhältnis unterhielt, tötete diese durch Revolver- schüsse und erschoss sich dann selbst. Die Leichen wurden in der Wohnung der Frau aufgefunden. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Wilhelmshaven. Kommunistische Niederlage. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter- verbandes in Wilhelmshaven-Küstringen erhielt die Liste der kommunistischen Zellenbauer nur ganz wenig Stimmen. Mehr als neun Zehntel der Abstimmungsberechtigten votierte für die auf sozialdemokratischem Boden stehenden Kandidaten. Die Folge war, daß die Kommunisten weder im Vorstand, noch in der Ortsverwaltung einen Sitz erhielten.

Odenburg. Einen bösen Reinfall der vereinigten bürgerlichen Parteien hat jetzt die odenburgische Stadt-Küstringen erlebt. Dort hat der Führer der Bürgerlichen Vereinigung innerhalb des Stadtparlamentes, der Kaufmann Mathias Hübben, vor einigen Monaten einen künftigen Kredit von 20 000 Mark nachgesucht und auch erhalten. Der Kredit war laut Stadtratsbeschluss für das kaufmännische Unternehmen des Herrn Hübben bewilligt worden, bei der Abhebung der Summe aber gelang es Herrn Hübben, diese auf das Konto der Firma „Nordlandwerke“, an der er beteiligt war, schreiben zu lassen. Die „Nordlandwerke“ sind nun inzwischen verkracht, Geld ist natürlich nicht zu haben. Herr Hübben, der für das Geld haftbar ist, weigert sich, Dedung zu beschaffen. Vom Magistrat aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, hat er bisher mit traurigen Ausflüchten geantwortet. Unser Küstringer Parteiorgan, die „Republik“, fordert angesichts dieser Dinge Herrn Hübben auf, sofort sein Stadtratsmandat niederzulegen. Interessant ist, daß Herr Hübben innerhalb der künftigen Körper- schaften der Wortführer der Bürgerlichen war und noch vor zwei Monaten gelegentlich der Wahlen zur Stadtverwaltung die Morals- paulke gegen die Sozialdemokratie trommelte! Wie die Dinge liegen, dürften die künftigen Steuerzahler die Leidtragenden bei dem gutbürgerlichen Handelsgeschäft des Herrn Hübben sein.

Kommunales.

Kommunale Aufwertung. Auf Grund eines Berichtes des Berliner Magistrats über den bisherigen Erfolg der ersten Berliner Aufwertungsaktion zugunsten der Sparfassen- gläubiger hat die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rat- haus beantragt, die Auszahlung eines zehnprozentigen Vor- schusses auf die künftige Aufwertung auf alle über 60 Jahre alten Sparrer ohne Unterschied ihrer Bedürftigkeit auszuweiten.

Die Teilnehmer an der Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Städtebundes, die am Freitag, dem 6., und Sonnabend, dem 7. Februar in Berlin stattfinden, werden gebeten, sich am Donnerstag, dem 5., abends im Restaurant von 8 Uhr ab einzufinden. Es soll eine Aussprache sowohl über die Tagesordnung der Städtebundes-Verhandlung wie auch über den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker über das Reich stattfinden.

Vermischte Nachrichten.

Schiebungen im Frankfurter Wohnungssamt. Der Direktor des Frankfurter Wohnungsamtes, Greiser, und andere Beamte des Wohnungsamtes sind unter dem Verdacht festgenommen worden, gegen hohe Bezahlung Wohnungen verschoben zu haben. Der Schwiegersohn des Direktors soll in Verbindung mit einem Architekten in den Räumen des Wohnungsamtes unter den Augen seines Schwiegervaters ein Wohnungsbüro unterhalten haben. In die Angelegenheit sind auch verschiedene Kaufleute und Möbelführer verwickelt.

In der Badestube erstickt. Als der Universitätsprofessor Wechsle in Berlin mit seiner Frau abends von einem Aus- gang heimgekehrten, fanden sie ihre beiden Kinder, eine 19 Jahre alte Tochter und einen 10jährigen Sohn in der Badestube tot auf. Sie waren an Kohlenoxydgas erstickt. Nach Feststellungen der Kriminalpolizei liegt grobe Fahrlässigkeit eines Installateurs vor, der vorher am Badefen eine Reparatur vorgenommen hatte. Der älteste Sohn der Familie wurde erst kürzlich von einem Auto totgefahren.

Schweres Unglück in einem Hochofenbetrieb. Auf der Dillinger Hütte (Lothringen) ereignete sich eine Benzolexplosion. 4 Arbeiter wurden sofort getötet, ein Arbeiter erlag später seinen Verletzungen. Fünfzehn Arbeiter erlitten Ver- letzungen.

Deutsche Fischdampfer gesunken. Der deutsche Fischdampfer „Wilhelm Jürgen“ aus Geestemünde geriet bei den Besti- man-Inseln auf Grund. Das Schiff kam mit eigener Kraft los, sank aber nach kurzer Fahrt plötzlich. Der Besatzung, mit Aus- nahme des ersten Maschinisten, gelang es, sich in ein Boot zu retten, das nach zwölf Stunden von einem anderen deutschen Dampfer aufgenommen wurde. Die Mannschaft wurde in sehr erschöpftem Zustande in Reykjavik gelandet. — In der Nacht zum 27. Januar wurden verschiedentlich Koffsignale gehört. Von der Küste konnte man ein vollständig zerklüftes Wrack beobachten. Unter den an Land getriebenen Trümmern befindet sich ein Namensbrett mit der Aufschrift: „Bayer“. Es dürfte sich um ein Schiff dieses Namens handeln, dessen Mannschaft an- scheinend ertrunken ist.

Ein „kommunistischer“ Kalender.

Wie unser Duisburger Bruderblatt berichtet, war die kom- munistische „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ schwer auf der Suche nach Kalendern für ihre Freunde. Da die Moskaner noch nicht über das deutsche Departement völlig verfügen, so bestellte das Kommunistenblatt einfach in Leipzig bei einer bürger- lichen Kalenderfabrik echte Volkswissen-Abreis-Kalender „mit entsprechenden Titeln“. Die Fabrik kam aber ihren Ver- pflichtungen nicht nach. Ziehend wandte man sich nun an einen anderen Lieferanten, der, wenn auch zögernd, die Bestellung an- nahm. Mit größter Beschleunigung wurden sie den Lesern zu- gestellt. Etwas zur Veranschaulichung, beschickte sich das Volkswissenmädchen die Blocks in ihrer Mäuselunde, um sich an den Titeln Lenins zu ergötzen. Da mußte nun das Blatt feststellen, daß es graulich betrogen worden ist. Der Lieferant hatte näm- lich, trotz gegenteiliger Abmachung, Blocks mit den üblichen bürgerlichen Titeln geliefert. Damit unsere Leser den Schmerz zu würdigen wissen, bringen wir einige Zitate, die der boshafte Kalendermann als für Kommunisten und echte Revolutionäre am geeignetsten hielt und auf die Rückseite der Blocks drucken ließ. Da heißt es z. B.: Bete und arbeite. — Gib des Kaisers, was des Kaisers ist, usw., ferner: Auf Gott vertraut! — Arbeite brav und leb' genau. — Wer sein Glück im Reichtum sieht, ist arm. — Durch Fleiß und Arbeit erlangst du Gottes Segen. — Vermeide es, deinen Gegner zu fränteln und zu reigen. — Das Gebet ist das Lächeln eines Engels. — Genieße froh, was du nicht hast. (?) usw. — Für unsere Weiswasser- kommunisten sind diese Trostprüche recht zureichend gewicht.

Diesen Trostprüchen für Arme ebenbürtig ist auch der Mos- lauer Küchenzettel. Die einige Proben des kalender- Küchenzettels: Reibgerstelsuppe, Krautstrudel, — Hafers- fadenröhen mit Spinat. — Kohlrabifuppe, Dudenauflauf mit Obstkloße. — Grüne Bohnensuppe, Kartoffelschmelze mit Kohl. So geht es 365 Tage lang. Für diese Taktik, ist dem Blatt von der SPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet, Essen eine öffentliche Klage erteilt worden. Außerdem sind „Machnahmen getroffen, damit solche Dinge nicht wieder geschehen“, d. h. wohl, daß wieder einige politische Leichen eingespart wurden.



Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Sekretariat: Johannisstr. 48. I. Telefon 2448.

Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen.

Achtung, Jungsozialisten! Am Dienstag abends 8 Uhr im Heim, Schule Langer Lohberg, Fortsetzung der Arbeitsgemein- schaft über das „Arbeitsprogramm Sozialen“. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Travemünde. Donnerstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr: im „Kolosseum“ Mitgliederversammlung. Erscheinen der Mitglieder Pflicht.

Sterbetafel des Sozialdemokratischen Vereins.

8. Differenz. Der Genosse Georg Wed ist verstorben.
10. Differenz. Der Genosse Otto Seizow ist verstorben. Beerdigung Don- nerstag 3 Uhr. Vorwerk Friedhof.
11. Differenz. Der Genosse Moritz Pries ist verstorben. Beerdigung wird noch bekanntgegeben.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bureau: Johannisstraße 48 M.

Öffnet von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Spielleute. Mittwoch, 7½ Uhr, Übung — Gewerkschaftshaus.

1. Abteilung: Versammlung am Donnerstag, abends 7½ Uhr. Erscheinen Pflicht. Abtl. Brandt.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Jugendsektion des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Am Donnerstag dem 5. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Funktionär- u. Mitarbeiter-Versammlung statt. T. O.: Vortrag des Kollegen Knapp. Zahl- reiches Erscheinen erwartet. Der Jugendleiter.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Thiel, Emailier- werk, ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Kein Zimmerer darf dort in Arbeit treten.

Der Vorstand des Zimmererverbandes (Zahlst. Lübeck).

Achtung, Maurer! Ueber die Firma Thiel, Emailierwerk, ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Kein Maurer darf dort in Arbeit treten.

Der Vorstand des Baugewerksverbandes.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Lübeck (Bezirk Rein- feld). Ueber die Zimmerarbeiten des Zimmermeisters Boje in Jarpen bei Reinfeld ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Der Vorstand.

Sinvolle auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch, 6.30 Uhr: „Triften und Jolde“. Kommen Sonntag gelangt die komische Oper „Eine Nacht in Venedig“ von Joh. Strauß in der Bearbeitung von Erich Korn- gold zum erstenmal hier zur Aufführung. Die Spielleitung hat Herr Hermann, die musikalische Herr Patin.

Schiffsnachrichten.

Angekommene Schiffe.

2. Februar.

Deutsch. D. Bürgermeister Laferre, Kap. Hammer, von Burg- staden, Städtg., 3½ Std. Schweb. D. Gefion, Kap. Eimen, von Stockholm, Städtg., 3 Tage.

3. Februar.

Schweb. D. Nisjan, Kap. Carlsson, von Malmö, Städtg., 16 Std. Deutsch. D. Boffehl, Kap. Groot, von Mettel, Kohlen, 3½ Tage.

Abgegangene Schiffe.

3. Februar.

Deutsch. D. Kohlen-Import, Kap. Weisser, nach Danzig, leer. Schweb. D. Ludvig Kolberg, Kap. Jacobsen, nach Gothenburg, Städtg.

3. Februar.

Deutsch. D. Emma u. Willi, Kap. Koch, nach Svendsborg, Salz.

Geschäftliches.

Großer Zeitungskatalog 1925 von Rudolf Wolff. Zu den wenigen Ex- zellenzen an den in der kaufmännischen Praxis unbedingt notwendig sind die Kataloge in Zeitungen und Zeitungsstellen. Man möchte sogar behaupten, die Zahl ihrer Anhänger hat sich in der letzten Zeit noch wesentlich vermehrt. Sicherlich nicht ohne Grund: Man hat insofern Verstand mit anderen Katalogen, von denen heute nicht wenige als veraltet und wirkungslos erkannt worden sind, gemacht und gefunden, daß die Kataloge in Zeitungen und Zeitungsstellen in ihrer Wirkung unerreicht dastehen. — Bei Festlegung seiner Inseratspreise wird der neue Wolff- katalog dem Unternehmer eine wertvolle Stütze sein. Der zeitliche Teil ist mit der größten Sorgfalt bearbeitet und berücksichtigt zum erstenmal in besonderer Ausführlichkeit die ausländische Presse. Für die Inserenten bietet der Anzei- gen- teil des Kataloges mit den detaillierten Angaben der Verleger über die einzelnen Blätter wichtige Fingerzeige. Man darf den Wolffschen Katalog unbedingt einen zuverlässigen Führer durch das gesamte Zeitungs- und Zeitungsstellenwesen nennen.

So reich die deutsche Sprache ist, für das Wort „Aroma“ findet sich im Deutschen kein feinerer Ausdruck. Duft und Geschmack aufkommen würden etwa das sagen, was Aroma meint. „Duft und Wohlgeschmack“ sind neben Wohlmutlichkeit und billigen Preis die Hauptvorteile der Feinstmargarine „Schwan im Wapp“, die ihr vorzügliches Aroma einem neuen, ganz be- sonderen Reiz verleiht. Lassen Sie sich auch das Aromat im Anzeigenteil und verlangen Sie beim Kauf unbedingt die Wappband-Boxe.

Verantwortlich: Herr Kolbitz u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Schmidt. Für Freiheit Lübeck und Gentlemen: Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Eulhardt. Verleger: Carl Eulhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bei veralteten Katarrhen und Asthma raten wir Ihnen, in der Apotheke (sicher: Molerapothek, Mengstraße 10) 50 g echten Fagot-Extrakt zu kaufen und durch Aufkochen mit ¼ Pf. Zucker und ¼ l Wasser eine preiswerte, gute Hustenmedizin selbst herzustellen. (1667)

Uebermorgen bekommen Sie Besuch

von einem Herrn, der Ihnen **Bau-Bons** anbieten wird. Bau-Bons sind Gutscheine zum Besten der Herrichtung der Kapelle Maria am Stegel für die Nordische Gesellschaft.

Ein Bau-Bon kostet 1 Mark. Er besteht aus 8 Abschnitten, von denen **jeder** von der Firma Karstadt A.-G. bei je vollem 5-Mark-Einkauf mit 25 Pfg. in Zahlung genommen wird.

Fördern Sie unsere Arbeit!

Kaufen Sie Gutscheine!

Nordische Gesellschaft

121

Stuttgarter

Geld-Lotterie

Ziehung 12. Febr.
Sampstgewinne Mk.

50000

20000

10000

Bares Geld!

Loose zu 3 Mt.

Paris u. Gewinn-
liste auswärts

30 & extra 1212

in gr. Nummern-
auswahl sind zu

haben in der

Glücksrolle

**Hermann
Kersten**

Lübeck

Hügelstraße 8

neben Heinr. Pagels

Polsterei:
Hamburg 40 554

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Bekanntmachung!

Vielfach geäußerten Wünschen unserer Mitglieder entsprechend, geben wir ab 1. Februar wieder Schecks bei jeder Warenentnahme aus. Diese Schecks müssen gesammelt werden und können in Beträgen von 50 Mark an gegen eine Eintragung in die Warenkarte umgetauscht werden. Die Vorlegung der Warenkarte bei jeder Warenentnahme ist ab heute nicht mehr nötig. Warenabgabe erfolgt nur an Mitglieder.

Mißbrauch unserer Einrichtungen ist strafbar.

In Lübeck werden unsere Warenabgabestellen um 6 Uhr geschlossen. Wir dürfen von unseren Mitgliedern wohl erwarten, daß sie es ablehnen, aus diesem Grunde Geschäfte aufzusuchen, die bis 7 Uhr geöffnet haben. Der Vorstand.

1709

Das Bücherbrett

füllen
heißt gerüstet sein!

Parteigenossen! Gegen monatlich

6 bis 10 Mark

erhaltet ihr in der Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“

eine ganze Bibliothek,

das Rüstzeug des Sozialismus!

Mit Blicke und Blicke

von G. S. Schilling's
Voll- und Jugend-
ausgabe

Preis geb. Mk. 4.50.

Buchhandlung

„Lübecker Volksbote“

Johannisstraße 46

Völkisch- kommunistische Einigung

von

Grat Ernst Reventlow

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung

„Lübecker Volksbote“

Johannisstr. 46

Pa. dicke Dönerherzen . . . 3 Pfund 1.00
„ gel. Schweinefleisch ohne Knochen . . . 0.65
„ weiches, hartes Rinder . . . 0.60
„ ger. Schweinebotten ohne Knochen . . . 1.00
Karl Lahrtz Bückerstraße 16 (1899)
Fernsprecher 1874

Wandkalender

in geschmackvoller Ausführung

Stück 20 Pfg.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Vorbeugen nicht abtreiben!

Ein Ratgeber für

Chelente.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung

„Lübecker Volksbote“

Johannisstr. 46

Vom vorigen zum nächsten Krieg!

Von Generalmajor a. D.

Dr. h. c. Freiherr v. Schoenrich

Mit Vorreden

von General Percin

und General Hamilton

Preis geb. Mk. 2.-

Zu beziehen durch:

Buchhandlung

„Lübecker Volksbote“

Johannisstr. 46.



Der Nationalsozialismus und seine Gönner.

Von Paul Kampffmeyer.

Preis: Brosch. 60 Pfg.

Buchhandlung

„Lübecker Volksbote“

Johannisstraße 46.

**Kaufen Sie Bau-Bons
an den Kassen von Karstadt
bevor Sie bezahlen!**

1710